

Die innere Kolonisierung des Industriebezirks

»Die industrielle Streuung und die dadurch bedingte eigenartige Siedlungsweise gaben dem Vest den Charakter eines Koloniallandes, der sich bis heute in weitem Umfange erhalten hat. Auch volksbiologisch findet dies seine markante Ausprägung in dem starken Solidaritätsgefühl innerhalb einzelner Bevölkerungsgruppen.«

(Edwin C. Abe, Alfons Echterhoff und Hans-Jürgen Seraphim, 1955)¹

Bis heute gilt die Zusammenkunft des 14. Dezember 1899 als eigentliches Gründungsdatum der Emschergenossenschaft.² Der genossenschaftseigenen Geschichtsschreibung nach waren es schier gigantische »Mißstände«, die jenen ausgesprochen seltenen Reigen eröffneten und die Grundlage schufen für einen außergewöhnlichen Abwasserkanal.³ Das Treffen am 14. Dezember 1899 war allerdings keineswegs ein feierlicher oder formeller Gründungsakt, wie man zunächst annehmen könnte, sondern eine Verhandlung, eine Sondierung, wie sich präziser formulieren ließe. Sie dauerte wahnsinnig lange und sie hatte es in sich. 36 Herren, die das Who's who der Polit- und Wirtschaftsprominenz des Industriebezirks repräsentierten, darunter auch Vertreter der verschiedenen Regierungs- und Oberpräsidien, waren angereist und hatten sich unter der Verhandlungsführung des Arnberger Regierungspräsidenten *Wilhelm J. R. Winzer* im Bochumer Ständehaus eingefunden.⁴

-
- 1 Edwin C. Abe/Alfons Echterhoff (Bearb.): Das Vest. Ein dynamischer Wirtschaftsraum, hg. v. Hans-Jürgen Seraphim, Recklinghausen 1955, Zit. S. 93.
 - 2 Nicolai Hannig: Kalkulierte Gefahren. Naturkatastrophen und Vorsorge seit 1800, Göttingen 2019, S. 338.
 - 3 Emschergenossenschaft (hg. im Auftrage des Vorstandes v. Baudirektor Helbing): 25 Jahre Emschergenossenschaft. 1900–1925, Essen 1925 (Selbstverlag), Zit. o. S.
 - 4 Protokoll [der Verhandlung], 14.12.1899, Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln (RWVA), 130–301170/3.

Die Herausforderung bestand darin, so leitete Winzer ein, die »Kalamitäten«, womit die peinliche Lage der Abwasserabführung im Industriebezirk umschrieben wurde, einheitlich zu regeln. Die Abwasserpraktiken der einzelnen Städte und Gemeinden, der Unternehmen und Gewerbe sollten unter eine zentrale Ausführung und Leitung gebracht werden. Und das war auch bitter nötig. Teilgeklärt oder überhaupt nicht geklärt, mit einem simplen Ablassen des Schmutzwassers in das nächste Nass war die vorhandene Bach- und Flusstruktur im gesamten Industriebezirk heillos überfordert, seit Jahrzehnten schon. Aber, und allen Beteuerungen Winzers zum Trotz, der bekräftigte, seit Jahren habe man von Regierungsseiten nicht weniger als »Alles« getan, um den Anforderungen der Abwasserreinigung und der Abführung der Wasser in »natürliche Flußläufe« gerecht zu werden,⁵ war gemessen am Ausmaß des Problems herzlich wenig passiert. Das war möglich gewesen, weil man es in Preußen im Vergleich zu den anderen Bundesstaaten durchaus kalkuliert vermieden hatte, die Wassergesetzgebung zu modernisieren; man hatte es laufen lassen, im wahrsten Sinne des Wortes.⁶

An den verschleppten und dann kassierten Planungen zur Emscherregulierung zeigt sich das ganz deutlich. Schon seit Anfang 1820er Jahre, also bereits einige Zeit vor dem Beginn des Tiefbaus und der Nordwanderung des Bergbaus, war über die »Versumpfung« im Emscherbruch geklagt worden, zumindest war sie schon lange aktenkundig. Anfang der 1850er Jahre wurde regierungsseitig eine Untersuchung angestoßen und 1854 eine Schaukommission gebildet, die Vorschläge und Vorgaben für die Beseitigung der noch vielzähligen Mühlenstauen erarbeitete und sie in ein Polizeireglement goss.⁷ Das hatte kurzzeitig, aber langfristig keinen Erfolg.

Wo früher »Heerden wilder Pferde stampften, mühet sich heute eine nach Tausenden zählende Arbeiterbevölkerung ab«,⁸ so umschrieb *Karl Michaelis*, 30 Jahre später, in seinem Plan zur »Regulierung« die Sachlage. Michaelis, Meliorationsbauinspektor in Münster, war zu Beginn der 1880er Jahre beauftragt worden, einen großen Plan auszuarbeiten. Michaelis benannte die Verschmutzungsarten und identifizierte die Verursacher der »Kalamität« an der Emscher bereits 1883 sehr klar: Die »Spüljauche« der Städte, insbesondere die von Dortmund, Bochum und Essen, die anorganischen Abfälle der Industrie im gesamten Gebiet, die Abwässer der Kohlen- und Erzwäschen und, und nicht zuletzt, die salzhaltigen Grubenabwässer. Michaelis identifizierte ferner, dass die Versumpfung durch Bergsenkungen, die durch den untertägigen Kohleabbau entstanden und zur Seenbildung und schlimmer noch mitunter zu Rückflüssen führte, verschärft wurde. Gerade die Bergsenkungen, die anhalten würden, solange der Bergbau betrieben werde, machten aus der etwaigen »Regulierung«, das stellte Michaelis eindeutig heraus, eine Daueraufgabe, die sich nicht etwa mit der einen großangelegten Baumaßnahme erledigen lasse. Aus technischer Sicht war die Michaelis'sche Planung

5 Zit. Protokoll [der Verhandlung], 14.12.1899, RWWA, 130–301170/3.

6 Werner Schubert/Claudia Rönnau Einleitung, in: dies. (Hg.): Ausschuß für Wasserrecht (1934–1941), Frankfurt a. M. 2004, S. IX–LIV, hier S. XIII–XVI.

7 Karl Michaelis: Regulierung der Vorfluthverhältnisse im Emscherthale von Herne bis Oberhausen. Vorbericht, Kosten-Anschlag und Festpunkts-Verzeichniss [...], Münster 1883, S. 2–4.

8 Ebd., Zit. S. 4.

ausgesprochen ambitioniert: Die Städte müssten verpflichtet (und auch darin kontrolliert) werden, ihre städtischen Abwässer zu reinigen. Rieselanlagen, durch die die stark verunreinigten, städtischen Abwässer bis zu achtmal geleitet werden müssten, bevor sie in die Emscher abgelassen werden dürften, seien anzulegen. Die Reinigungspflicht sollte auch den Unternehmen für ihre Einleitungen auferlegt werden, wobei die Abwässer der Kohlen- und Erzwäschen überhaupt nicht in die Emscher eingeleitet werden dürften.⁹ Michaelis benannte auch die »Interessenten« an der Regulierung: die Grundbesitzer, die Personen und die »Corporationen«, die die Überschwemmungen verursacht hatten, insbesondere natürlich die Bergbauunternehmen, aber auch die Königlich Preußischen Staatseisenbahnen und die Städte. Michaelis hatte nicht weniger als das technisch mögliche Maximalziel in eine Planung gegossen: Für ihn ging es um den Erhalt und die »Verbesserung« des Bodens, was auf eine Vollreinigung und die Bewahrung der Emscher als Fluss hinausgelaufen wäre.¹⁰

Auf der Grundlage seines Planes war schließlich sogar ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet worden. Der war zunächst von den klar adressierten Preußischen Eisenbahnen zurückgewiesen worden. Aber auch die Mittelinstanzen lehnten eine Direktbeteiligung ab. Das war durchaus erstaunlich. Denn das Jahrhunderthochwasser des Winters 1882/83 hatte in der Rheinprovinz für Überschwemmungen und Zerstörungen größeren Ausmaßes gesorgt, die die Flussregulierungen zu einem tagespolitisch aktuellen wie zentralen Thema gemacht hatten.¹¹ Die Tagesrelevanz sorgte dafür, dass die Ministerialinstanzen ihre Zurückweisung nur Zug um Zug vornahmen und damit eine etwaige Lösung verschleppten. Ein zweiter und stark überarbeiteter Entwurf, der das Gros der Finanzierung auf die übrigen Interessenten umverteilte, wurde in Umlauf gebracht. Auch dieser provozierte erheblichen Widerstand, und zwar den der Boden- und Grundbesitzer im Emschertal, dann den der Städte an der Ruhr und schließlich den des Oberbergamtes. Das war auch ganz klar. Grundsätzlich steckte in der Regelung der Abwasserfrage weder politisch verwertbares Prestige noch die Möglichkeit, Gewinn zu machen oder den Ertrag zu steigern. Wenig attraktiv ging es stattdessen um die Aufbringung erheblicher Investitionen, wobei die Frage, wer die Mittel aufzubringen hatte, ohne konkrete Vorgabe oder Lenkung blieb. Denn es waren ja die Staatsinstanzen, die Kommunen und die Provinzregierungen, die die Finanzierung ablehnten; die Verursacher oder Nutznießer zur Regulierung zu verpflichten, verweigerten sich die Instanzen aber auch. Preußisch geordnet, diszipliniert oder durch die gut geölten Rädchen einer wunderbar geschmierten Ministerialbürokratie lief in dieser Hinsicht also überhaupt nichts.¹² Im Gegenteil. Nur scheinbar wurde überhaupt deutlich, dass die Ministerialinstanzen es ablehnten, sich an dem Großvorhaben zu beteiligen. Der im zweiten Entwurf von Michaelis unterbreitete Vorschlag, der den Mittelinstanzen einen Anteil von 50 Prozent des erforderli-

9 Ebd., S. 8, 20.

10 Ebd., S. 38–41.

11 Hannig: *Kalkulierte Gefahren*, S. 347 f.

12 S. zum »Beamtenliberalismus« bereits Rudolf Vierhaus: *Liberalismus, Beamtenstand und konstitutionelles System*, in: Wolfgang Schieder (Hg.): *Liberalismus in der Geschichte des deutschen Vormärz*, Göttingen 1983, S. 39–54, s. auch zum preußisch-rheinischen Verhältnis Elisabeth Fehrenbach: *Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung*, in: ebd., S. 272–294.

chen Investitionsvolumens pauschal zuordnete, wurde dann immerhin unmittelbar kassiert, obschon Michaelis die Bedeutung der Regulierung für den »Nationalwohlstand[]« – eine der zeitgenössischen Zauber- und Rechtfertigungsvokabeln – wohl nicht grundlos herausgestellt hatte.¹³

Vor dem Hintergrund dieses Wirrwarrs war die 1899 von Winzer formulierte Angabe, »Alles« getan zu haben, krass überzogen. Die vom Regierungspräsidenten damit übermittelte Botschaft war den im Bochumer Ständehaus Anwesenden aber sehr klar: Weder Preußen noch die Mittelinstanzen würden sich an der Beseitigung der »Kalamität« finanziell beteiligen. Winzer trat also lediglich als Initiator auf. Die Ministerialinstanz hatte sich damit nur augenscheinlich eingeschaltet, die eigentliche Lösung der »Kalamität« sollte im Industriebezirk selbst entwickelt und auch selbst gestemmt werden. Das fügt sich zwar nicht ein in die weiterhin vitalen Preußenklischees,¹⁴ ist aber ein typisches Beispiel für den im deutschen Kaiserreich etablierten Umgang mit den Umweltmedien: Ein weitergehendes amtliches Umweltbewusstsein war weder vorhanden, noch war es rechtlich kodifiziert. Die Umwelt wurde keineswegs als eine vom Staat oder seinen Instanzen zu schützende Angelegenheit gesehen, besonders nicht in Preußen. Effektiv reguliert wurde in den Bereichen Wasser, Boden und Luft wenig. Und für den Umgang mit Abwasser galt das in besonderem Maße.¹⁵

Das eigentlich Bemerkenswerte an der Verhandlung vom 14. Dezember 1899 war, dass noch keineswegs ausgemacht war, dass die Emscher zum offenen Abwasserkanal umfunktioniert werden würde.¹⁶ Diejenigen, die während der Aussprache eindeutigen Bezug auf die Emscher nahmen, kleideten das in die zwar zügig etablierte, aber unscharfe Formel des »Emschergebietes«. Diskutiert wurde also längst noch nicht über eine gemeinsam bewirtschaftete Cloaca Maxima, sondern vielmehr über die diversen Möglichkeiten für die Verlagerung des Drecks, darunter, ob die Abwässer dem Rhein, in den alle Flüsse des Industriegebiets mündeten, überhaupt zugeführt werden durften, ob die vorzunehmende Regelung von Abführung und Reinigung also in eins fallen müsste. Die Errichtung eines Trennsystems stand ebenfalls zur Diskussion. Und sogar ein Radialsystem, ähnlich dem in Berlin angelegten Abwassersystem, wurde als Möglichkeit erwogen, ebenso die Schaffung von schier gigantischen Rieselfeldern im Münsterland.¹⁷

13 Beate Olmer: Wasser. Historisch. Zu Bedeutung und Belastung des Umweltmediums im Ruhrgebiet 1870–1930, Frankfurt a. M. u. a. 1998, S. 161 f., 185–200, Zit. S. 188.

14 S. Thomas Küster: Das Ruhrgebiet in staatlicher Perspektive (1870–1930), in: Karl Ditt/Klaus Tenfelde (Hg.): Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn u. a. 2007, S. 127–162.

15 S. Rommelspacher: Recht auf Wasserverschmutzung.

16 Obschon diese »Arbeitsteilung« – etwa von der später wichtigen Figur in der Emschergenossenschaft – von Karl Gerstein genauso und längst herbeigeschrieben worden war. Gerstein formulierte, aus seinem Interesse als Landrat Bochums und damit klar im kommunalen Eigeninteresse, die Ruhr sei zur Trinkwasserversorgung »bestimmt«, die Emscher dagegen sei »bestimmt, gewissermaßen als *cloaca maxima* [HiO] sämtliche Abwässer aufzunehmen«. Das war aber 1901 kein Faktum, sondern eine klare kommunale Kirchturmpolitik – und zwar im Interesse der Südkommunen. Zit. o. V.: Denkschrift über die Melioration des Oelbaches und seiner Nebenflüsse nebst eine Uebersichts-Karte, Bochum 1901 [Vorbemerkung des Landraths Gerstein], Zit. S. 3.

17 S. zur zeitgenössischen Unklarheit über die »Reinigungsstandards« Olmer: Wasser, S. 68–88.

Winzer hatte die Sondierung zwar initiiert und er leitete die Sitzung auch, entscheidend waren aber zwei Stimmen aus dem Industriebezirk, die maßgeblich dafür waren, dass am Ende ein Konsens darüber hergestellt war, ein gemeinsames Projekt auf die Schiene zu setzen. Als Spiritus Rector trat *Erich Zweigert* auf. Als Essener Oberbürgermeister genoss er eine große Entscheidungsfreiheit, die sich schlicht daraus ergab, dass Essen zur Rheinprovinz gehörte.¹⁸ Zweigerts Beigeordnete waren ihm klar untergeordnet, in der westfälischen Städteordnung dagegen war der Oberbürgermeister lediglich Vorsitzender des Magistratkollegiums.¹⁹ Zweigert jedenfalls stellte gleich zu Beginn der Sondierung in Aussicht, dass die Stadt Essen den Löwenanteil der Planungskosten zur Verfügung stellen würde. Der Oberbürgermeister verschaffte sich auf diese Weise bereits mit seinem ersten Wortbeitrag die Möglichkeit, auf die weiteren Planungen erheblichen Einfluss zu nehmen. Und er war mit diesem Ansinnen erfolgreich. Tatsächlich sollten die Vorarbeiten der nächsten Jahre im Essener Rathaus zusammenlaufen. Die zweite maßgebliche Stimme war die von *Emil Kirdorf*. In der Liste der Anwesenden war Kirdorf als Vertreter des Kreises Gelsenkirchens aufgeführt. Jedem der Anwesenden aber war klar: Kirdorf war keineswegs ein x-beliebiger Vertreter einer nördlichen Kommune, sondern als mächtigster Vertreter des Steinkohlenbergbaus das maßgebende Sprachrohr der Industrie. Kirdorf war Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und zudem Vorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats. Viel zu meckern hatte der streiterpropte Kirdorf nicht; ohne Zweifel hatte er im Vorfeld der Sondierung bereits eine Vorabsprache mit Zweigert vorgenommen: Denn er pflichtete Zweigert bei, sprach sich für die Einigung und ein gemeinsames Projekt aus und unterbreitete auch gleich einen Vorschlag für die Aufbringung der Projektierungskosten.²⁰ Kirdorf signalisierte damit: Die Industrie war mit im Boot und mehr noch, sie war auch bereit, sich zu engagieren.

Überraschenderweise war das Ergebnis der Verhandlung des 14. Dezember 1899 der Konsens, die »Kalamität« zu beheben, und zwar auch ohne die finanzielle Beteiligung der Staatsinstanzen. Die Konfliktlinie dieser Verhandlung verlief aber auch keineswegs, wie man zunächst meinen könnte, zwischen den Kommunen und den Mittelinstanzen oder zwischen den Städten und den Unternehmen, sondern zwischen den Südstädten – mit eigenen Wortbeiträgen waren besonders die der Oberbürgermeister von Essen und Bochum auffällig – und den Landkreisen im nördlichen und jüngeren Teil des Industriebezirks. Selbstredend waren die Südstädte nicht grundsätzlich bereit, die Planungskosten allein zu stemmen. Gegen die Umrechnung der auf etwa 60.000 bis 120.000 Mark geschätzten Projektierungskosten auf die Bevölkerung, eine Pro-Kopf-Bemessung also, wandten sie sich aber dennoch. Denn mit einem derartigen Verteilungsschlüssel wären gerade die Landkreise stärker an der Planung beteiligt gewesen, was es aus Sicht der Südstädte unbedingt – wenn auch nicht explizit gemacht – zu verhindern galt. So

18 Alexander Olenik: Die liberalen Oberbürgermeister in der Rheinprovinz, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 30, 2018, S. 159–175, hier S. 160.

19 Wie einer der Nachfolger im Amt feststellte: Hans Luther: Zusammenbruch und Jahre nach dem ersten Krieg in Essen. Erinnerungen des Oberbürgermeisters Dr. jur. Dr. med. h.c. Hans Luther, Essen 1958 (Sonderdruck), S. 8.

20 Protokoll [der Verhandlung], 14.12.1899, RWWA, 130–301170/3.

einigte man sich schließlich darauf, dass die Städte 10.000 Mark und die Landkreise 5.000 Mark für die Projektierung aufzubringen hatten, womit man den klammen Nordkommunen augenscheinlich entgegenkam.²¹ Als wesentliches Ergebnis der Sondierung stand am Ende fest: Für das »Emschergebiet« sollte die »Bildung eines Verbandes« angestrebt werden, der entsprechend den »Anforderungen« an die »Gesundheitspflege« die »Abführung« der Abwässer des gesamten Industriebezirks vornehmen sollte. Zur Vorbereitung auf eine umfassende Planung wurde eine technische Prüfung beschlossen.²² Von der Errichtung einer »Genossenschaft« war man aber noch weit entfernt. Deutlich war nur: Die Südstädte waren bereit, nunmehr und endlich auf ein gemeinsam getragenes »Projekt« hinarbeiteten. Und auch die Industrievertreter waren willens, sich zu engagieren. Das »Was genau« und das »Wie genau« war aber noch weitgehend unklar und es sollte noch Jahre dauern, bis sich das »Was« und das »Wie« konturieren ließen.

Die eigentliche Frage, die an die Sondierung von 1899 zu stellen ist, lautet deshalb: Warum just zu diesem Zeitpunkt? Schon lange war die Erschaffung eines Abwassersystems diskutiert worden; die technischen Pläne waren längst entwickelt, wenn sie auch schließlich nicht realisiert worden waren. Ohne jeden Zweifel waren die Zustände, die »Kalamität«, katastrophal, das aber eben nicht erst seit gestern, sondern bereits seit Jahrzehnten. Warum also spitzte sich die »Kalamität« für die Zeitgenossen nur wenige Tage vor der Jahrhundertwende so sehr zu, dass die Kommunen und die Unternehmen endlich von einer reinen Problemklage auf eine konkrete Handlungsebene überwechselten?

Da lässt sich zunächst ganz global ansetzen: Der Zeitraum um 1900 bedeutete den Durchbruch einer reflexiven Moderne, eines Zeit- und Gegenwartsverständnisses, in der der eigene Stellenwert im Austausch, vor allem aber in Abgrenzung zu anderen Räumen oder Gruppen bestimmt wurde.²³ Zudem: Die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entfaltete Technikbegeisterung, die sich für viele als Verheißung dargestellt hatte, wurde zunehmend überlagert von dem Gefühl der Ernüchterung. »Sachzwänge« wurden nunmehr sprichwörtlich und sie fanden sich mit einem Mal überall.²⁴ Das alles gab es auch im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, dessen Entwicklung jedoch erheblich von den tatsächlich altehrwürdigen Metropolregionen abwich. Besonders der spe-

21 Bis Anfang April 1900 waren zur Verfügung gestellt: Je 10.000 Mark vom Kreis Bochum-Land, Stadt Bochum, Kreis Gelsenkirchen-Land; je 5.000 Mark waren von Kreis Dortmund-Land, Kreis Essen-Land, Kreis Hoerde, Kreis Mülheim, Kreis Recklinghausen; die Stadt Essen hatte die von Zweigert angeführten 15.000 Mark freigegeben, lediglich 3.000 Mark hatte Gelsenkirchen-Stadt und nur 1.000 Mark die Stadt Dortmund angewiesen. Aufstellung, in: Geschäftsordnung für die Kommission zur Aufstellung eines generellen Entwässerungs-Projektes für das Emscherthal, o. D. [April 1900], RWWA, 130–301170/3. Die reduzierte Beteiligung der Städte Gelsenkirchen und Dortmund bedeutete, dass die Städte zwar Vertreter in die eingerichtete Kommission entsenden durften, aber kein Stimmrecht besaßen, bis sie ihren »gerechten« Anteil von je 10.000 Mark voll eingezahlt hatten. Verhandlung, 7.4.1900, RWWA, 130–301170/3.

22 Protokoll [der Verhandlung], 14.12.1899, RWWA, 130–301170/3.

23 Ute Frevert: Jahrhundertwenden und ihre Versuchungen, in: dies. (Hg.): Das neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900, Göttingen 2000, S. 7–14, hier S. 13.

24 Hartmut Berghoff: »Dem Ziele der Menschheit entgegen«. Die Verheißungen der Technik an der Wende zum 20. Jahrhundert, in: Ute Frevert (Hg.): Das neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900, Göttingen 2000, S. 47–78, hier S. 70 f.

zifisch bürgerlich überformte Fortschrittsgedanke, das Auseinanderklaffen des bürgerlichen Lebens in einer Stadt wie Frankfurt am Main im Unterschied zum Leben in einer Stadt wie Essen oder Dortmund, trieb manche Blüten, besonders aber suchten und fahndeten die politisch Mächtigen nach Ordnung. Dem Zeitempfinden nach war das Leben im sich rasch ausbreitenden, ja regelrecht explodierenden rheinisch-westfälischen Industriebezirk das eines unkoordinierten Ameisenhaufens, dessen Wachstum von einem starken und wilden Zuzug von irgendwie Fremden begleitet wurde, immer mehr Chaos stiftete und vor allem eins brachte: Unübersichtlichkeit. Die liberale Sicht auf das chaotische Wachstumsgeschehen nahm zum Ende des Jahrhunderts immer mehr ab, die Vorstellung, das Durcheinander koordinieren und regeln und dabei auch dominieren zu müssen, setzte sich durch.²⁵ Ordnung durch Distinktion wurde zu einer, wenn auch oft nicht ausgesprochenen, so aber doch konsensual verfolgten Richtschnur bei der Bestimmung und dann auch Lenkung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Damit einher ging eine differenzierte Zumutung von dem, was unter den bürgerlich Einflussreichen als »Kalamität« galt.

Zum Durchbruch kam diese Verschiebung im Industriebezirk zum Ende des 19. Jahrhunderts, und das gleich auf mehreren Ebenen: Das hatte organisatorisch-wirtschaftliche Gründe; das hatte mit der Reformierung der administrativen Rahmenbedingungen der Städte- und Kommunalordnungen zu tun und mit den Beharrungskräften des grundbesitzenden Adels. Das hatte mit der Arbeiterschaft zu tun, damit, dass sie sozial auseinanderfiel, und damit, dass Rassismus und Ausgrenzung im boomenden Industrieviertel gang und gäbe war. Alle diese sich überlagernden Wandlungen sorgten dafür, dass das »Project« am Ende des 19. Jahrhunderts und mit einem Mal Fahrt aufnehmen konnte.

Die *wirtschaftliche Entwicklung* des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ist scharf von den bereits längst und lange florierenden Handels- und Gewerbezentren in Sachsen, Berlin oder auch in Schlesien zu unterscheiden. Der rheinisch-westfälische Industriebezirk war in jeder Hinsicht ein Latecomer, kein First Mover. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts ging es hier gemächlich und beschaulich zu. Die Märzrevolution fand kaum Ankerpunkte in dem Gebiet; protestiert und für einen politischen Wandel gekämpft wurde woanders, lediglich die »Gewerke«, die Zechenbesitzer, standen in einem offenen Konflikt mit der preußischen Bergwerksdirektion – mit der Gemengelage der Märzrevolution hatte das aber nur ganz am Rande zu tun.²⁶ Denn der Kohlenbergbau, der seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts im Verbund mit der Eisen- und Stahlindustrie aus der polyadministrierten Region die schwerindustrielle Schlagader des Deutschen Reichs machte, war im wörtlichen Sinn noch gefesselt, und zwar bis weit in die 1850er

25 S. Anselm Doering-Manteuffel: Konturen von ›Ordnung‹ in den Zeitschichten des 20. Jahrhunderts, in: ders.: Konturen von Ordnung. Ideengeschichtliche Zugänge zum 20. Jahrhundert, Berlin/Boston 2019, S. 3–32.

26 Harald Wixforth: Der Kampf um die Bergbaufreiheit. Zur Geschichte der preußischen Bergrechtsreform von 1826 bis 1846, in: Hartmut Berghoff/Dieter Ziegler (Hg.): Pionier oder Nachzügler? Vergleichende Studien zur Geschichte Großbritanniens und Deutschlands im Zeitalter der Industrialisierung, Bochum 1995, S. 59–74, hier S. 66 f.

Jahre hinein. Das Direktionsprinzip sorgte dafür, dass es keineswegs die Zechenbesitzer waren, die über die Entwicklung des Kohlenbergbaus, der Fördermenge, der Preisstellung und des Verkaufs entschieden, sondern die zuständigen Bergbehörden. Und das bedeutete, dass es im »Ruhrgebiet« weiterhin verschlafen und auch ein bisschen behäbig zuging. Die Bergbehörden legten die Bergleute an, schützten und bestrafte sie auch, und erhoben sie zu einer eigenen Standesgruppe, mit einer eigenen Gerichtsbarkeit und einer Befreiung vom Kriegsdienst und vielem mehr. So gesehen: Der Hirte an der Ruhr, der laut der Sage im Mittelalter seine Tiere hütete, den hätte man auch noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts finden können, und dass nicht als Besonderheit, sondern ganz alltäglich, wenn auch im Ruhrtal inzwischen eine ganze Reihe von Mundlöchern den Kohlenbergbau anzeigte. Von einer freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte konnte indes noch keine Rede sein. Die preußische Ministerialbürokratie nahm die Forderungen nach einer Liberalisierung des Kohlenbergbaus zwar auf, nach der Märzrevolution aber verschwanden die Vorüberlegungen einstweilen wieder von der Tagesordnung und in den Schubladen der Ministerialbeamten.²⁷

Erst 1865 wurde mit dem *Allgemeinen Berggesetz für die preußischen Staaten* (AGB) das sog. Inspektionsprinzip final verankert, womit sich der Staat bzw. die Bergbehörden aus der Betriebswirtschaftsseite des Kohlenbergbaus vollständig zurückzog und sich die Rolle der Bergämter auf eine rein beaufsichtigende Funktion reduzierte. Erst jetzt galt nicht mehr das Bergregal, sondern die Bergbaufreiheit, und erst jetzt konnte das Recht, Steinkohle abzubauen, jedermann verliehen werden.²⁸ Die Liberalisierung des Bergbaus bedeutete allerdings nicht, dass für den Kohlenbergbau nunmehr dieselben Regeln und Bedingungen galten wie für andere Industrie- und Gewerbebezweige. Besonders die Besteuerung blieb eine andere.²⁹ Solange das Bergregal noch galt, hatten die Zechen keine Gewerbesteuern gezahlt.³⁰ Die Zechenbesitzer versuchten natürlich, gerade in den jungen Gemeinden und Städten, die erst durch die Ansiedlungen der Zechen im Zuge der Nordwanderung entstanden, der Steuerpflicht möglichst zu entkommen. Und bis kurz vor der Jahrhundertwende waren die Zechen mit dieser Abwehrhaltung auch erfolgreich.³¹

Für den lebensweltlichen Blickwinkel von sowohl Zechenbesitzern als auch Bergleuten ist diese im Vergleich zu anderen Gewerben verlängerte Ständeordnung kaum zu überschätzen. Auf der Seite der Zechenbesitzer bedeutete die Freisetzung zunächst eine

27 Ebd., S. 71 f.

28 Gunther Kühne: Das deutsche Bergrecht von 1865 bis zur Gegenwart, in: Klaus Tenfelde (+)/Stefan Berger/Hans-Christoph Seidel (Hg.): Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3: Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Münster 2016, S. 495–531, hier S. 495–501.

29 Wolfhard Weber: Entfaltung der Industriewirtschaft, in: Wolfgang Köllmann/Hermann Korte/Dietmar Petzina/Wolfhard Weber (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 199–319, hier S. 208.

30 Klara von Eyll: Kammern der gewerblichen Wirtschaft, in: Wolfgang Köllmann/Hermann Korte/Dietmar Petzina/Wolfhard Weber (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 601–653, hier S. 608.

31 Ausführungen Zweigert, in: Verhandlungen der Commission zur Aufstellung eines generellen Entwässerungsprojectes für das Emscherthal, 19.1.1903, RWVA, 130–301170/3.

starke und regelrecht anarchische Konkurrenz um die Vorherrschaft im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier, die mittels immer stärker steigender Förderkapazitäten ausgeglichen wurde. Schlag mit dem Miteigentümergebietsgesetz von 1851, mit dem das Direktionsprinzip in Hinblick auf Investitionsentscheidungen der Zechenbesitzer seine erste Aufweichung erfuhr, verschob sich die Niederbringungsaktivität stark vom Ruhrtal in den Norden und bald vor bis zur Emscher. Es waren im Vergleich zum Stollenbau an der Ruhr nun kapitalintensive Tiefbauschächte, die niedergebracht wurden. Die Kohlenförderung stieg nun rasch und v. a. sprunghaft, etwa acht Jahre nach der Verankerung des Miteigentümergebietsgesetzes, an. Die geschaffenen Förderkapazitäten, da sich die Zechenbesitzer zum gleichen Zeitpunkt – nämlich mit der Freigabe der Zechenführung und damit auch der Investitionen – für die Expansion entschieden hatten, drückten etwa zeitgleich auf die noch stark vom Handel dominierten Kohlenmärkte. Deshalb konnten die fördernden Zechen ihre Verkäufe nicht auf einem Preisniveau halten, das für sie einträglich war, sondern sie wurden von den Kohlenhändlern in gegenseitige Preisunterbietungswettbewerbe gezwungen, die regelrechte Preisstürze auslösten, und das in wiederkehrender Rhythmik. Die Kohlepreise zeichnete damit nicht etwa eine gleichmäßige Entwicklung aus, sondern sie waren durch heftige Preiskrisen charakterisiert.³² Die Zechenbesitzer reagierten auf diese durchaus hausgemachte Problematik mit einem zunehmend aggressiven Rivalitätsverhalten. Gestützt zunächst auf Kapital aus Köln, dann aus dem Ausland, v. a. aus England und Belgien, und schließlich dem Engagement der D-Banken, allen voran der Disconto-Gesellschaft, wurde eine Wachstumsspirale in Gang gesetzt, die die Zechen immer wieder in den Zustand akuter Existenzgefährdung brachte, und das, obwohl Steinkohle zu dieser Zeit der Basis- und praktisch einzige Energiestoff für Wirtschaft und Gesellschaft war.³³

Diese als chaotisch, vor allem aber als unberechenbar empfundenen Entwicklung begegneten die Zechenbesitzer mit ersten Zusammenschlussbestrebungen, die sich zunächst im Verbandswesen des Steinkohlenbergbaus äußerten, dann aber auch in den Versuchen, die Preisstellung oder auch die Absatzorganisation zusammenzufassen. Während der 1858 gegründete *Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund* (Bergbauverein) sich mit den gemeinsamen strukturpolitischen Belangen etwa im Verkehrswesen und später auch mit der Bergarbeiterpolitik befasste, blieb die betriebswirtschaftliche Seite der Zechen zunächst ohne kooperativen Austausch oder gemeinsam vorgenommene Abstimmung. Bis 1893 blieb es bei punktuellen Versuchen, die an der Beschränkung auf einzelne Reviere des Industriebezirks oder an den selbst-aufgelegten Teilaufgaben scheiterten. Regelmäßig, wenn die Konjunktur anzog oder auch wenn etwa ein Mitglied einer geschlossenen Preiskonvention eine neue Schachtanlage in Betrieb nahm, konsolidierte oder eine andere Zeche übernommen hatte, wurden die Absprachen aufgekündigt oder unterlaufen. Die Bedingungen blieben für die Zechenbesitzer damit alles andere als sicher. Keineswegs bedeutete der Übergang

32 Grdlg. Carl-Ludwig Holtfrerich: *Quantitative Geschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert*, Dortmund 1973.

33 Eva-Maria Roelevink/Dieter Ziegler: »Bankenmacht« im Ruhrbergbau – Die Disconto-Gesellschaft und die Gelsenkirchener Bergwerks-AG 1873–1904, in: *Westfälische Forschungen* 67, 2017, S. 117–142, hier S. 123–126.

zum Tiefbau eine per se aussichtsreiche Zukunft für den »Ruhrbergbau«. Im Gegenteil, als die Gründerkrise Mitte der 1870er Jahre auf den Kohlenbergbau durchschlug, waren die Entscheidungen der Zechenbesitzer immer stärker getrieben von einem Krisenbewusstsein und einer eklatanten Zukunftsangst. Dass sich also die Zechen bzw. ihr 1858 mit der Freisetzung gegründetes Sprachrohr, der Bergbauverein, keineswegs enthusiastisch zeigten, als der von Michaelis in den 1880er Jahren ausgearbeitete Plan nebst Gesetzesentwurf kursierte, ist aus Unternehmenssicht fast selbsterklärend. Erst nachdem es 1893 – und nach unzähligen Vorversuchen – gelungen war, für die Rivalität der Zechenbesitzer einen Ausgleich zu finden, konnte das *Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat* (RWKS) gegründet und damit eine gemeinsame Verwaltung von Preisstellung, Förderquotierung und Absatzorganisation erreicht werden. Das RWKS erwies sich bald als tragfähiges Syndikat und bedeutete für die Zechenbesitzer, dass ein einigermaßen stabiler Rahmen nunmehr hergestellt war. Und erst jetzt erschien den Zechenbesitzern ihre wirtschaftliche Zukunft zwar riskant, aber eben nicht mehr grundsätzlich unsicher.³⁴

Mit dem RWKS hatten sich die Zechenbesitzer eine selbst organisierte Rentabilitätsinstitution verschafft. Das hebelte die Konkurrenz untereinander keineswegs aus, harmonisch ging es im Syndikat zu keinem Zeitpunkt zu, aber es verschaffte durch ein selbstgegebenes Regelkorsett eine Planungssicherheit, die die Zechenbesitzer zuletzt unter der Regie der Bergämter erlebt hatten, mit dem Unterschied nur, dass sie nun nicht mehr Regierte waren, sondern selbst regierten. Aus Zechensicht war es daher seit der ersten Syndikatserneuerung 1895 angezeigt, sich an einem großen Vorhaben wie der Schaffung eines einheitlichen Abwassersystems zu beteiligen, konnten sie doch nunmehr weiter in die Zukunft planen. Den Zechenbesitzern ging es dabei keineswegs um die Herstellung hygienischer Verhältnisse. Ihre Zechen und angegliederten Betriebe litten unter den erheblichen und bergbaulich verursachten Bergsenkungen, die dazu führten, dass die Flüsse und Bäche, die sie für die Entwässerung der Zechen – die Abführung des Grubenwassers – benötigten, nicht flossen, sondern standen, und Seen aus Grubenwasser, gemischt mit den sonstigen Abwässern, entstanden. Das mag den einen oder anderen Zechen- und Generaldirektor geekelt haben, vor allem aber störte es den Betriebsablauf, und das motivierte die Zechenbesitzer unter den nunmehr stabilisierten Rahmenbedingungen zu einer aktiven Beteiligung an dem »Project«. Zudem war die verkehrstechnische Entwicklung des Industriebezirks noch keineswegs abgeschlossen. Für die Nutzung von aus Zechensicht gut verlaufenden Eisenbahn- und Kanalverbindungen war das Vorhandensein einer wasserwirtschaftlichen Ordnung im Industriebezirk zentral. Und dafür bildete insbesondere die Schaffung eines Abwassersystems nicht weniger als die Voraussetzung.

Nicht zu unterschätzen ist auch: Der rheinisch-westfälische Industriebezirk war alles andere als eine industrielle Insel, die lediglich nach außen verkaufte oder Rohstoffe – Erze im Besonderen – einkaufte. Außerhalb des »Ruhrgebiets« tat sich zu Beginn der 1890er Jahre entscheidendes. Der *Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands*, zunehmend unter Druck und konfrontiert mit der toxischen, insbe-

34 Christian Böse: Kartellpolitik im Kaiserreich. Das Kohlen Syndikat und die Absatzorganisation im Ruhrbergbau 1893–1919, Berlin/Boston 2018, S. 27–83.

sondere aber sichtbaren Belastung der Flüsse durch die Einleitungen seiner Mitglieder, setzte eine »Flusscommission« ein, die sich mit der »Beseitigung der Industrieabwässer« befasste und mit *Konrad Jurisch*, Chemiker an der Technischen Hochschule Berlin, einen Experten beauftragte, eine gründliche »Denkschrift« zu erarbeiten. Das Ergebnis lag 1890 vor.³⁵ Jurisch fasste das vorhandene Schrifttum wie auch die erarbeiteten Gutachten und Messungen zusammen, ging axiomatisch davon aus, dass »[d]as Interesse der Industrie [...] mit den sanitären Anforderungen der menschlichen Gesellschaften Hand in Hand« ginge, argumentierte, dass es sowohl eine »Nothwendigkeit« als auch eine »Zweckmäßigkeit« sei, Flüsse als »Ableiter der Industrieabwässer« zu (be)nutzen, führte zwar »schädliche Zonen« – Einmündungsstellen also – auf, an denen die Toxizität und das Fischsterben hoch war, brachte aber als Gegengewicht die Selbstreinigungskraft der Flüsse vor und fand in der Abwägung, dass der »wirthschaftliche Werth« der Industrie »tausendmal größer« sei als der Wert der gesamten Binnenfischerei. Darüber hinaus war, nach Jurischs Auswertung, eine »Schädigung der Gesundheit der Flussanwohner« durch die Industrieabwässer nicht nachweisbar. Jurischs Schlussfolgerungen besagten in sechs Punkten: 1) unmöglich sei es, eine generelle Behandlung der Abwässerfrage vorzunehmen, 2) die Nutzung der Flüsse zur Ableitung industrieller Abwässer sei berechtigt und auch »natürlich«, 3) Grenzwerte, wenn sie denn überhaupt festgelegt werden könnten, seien anzupassen, und zwar nach Fall und regionaler Gegebenheit, 4) die Entstehung und Verbreitung epidemischer Krankheiten durch industrielle Abwässer sei nicht nachweisbar, 5) die Industrie erkenne die »Verpflichtung«, ihre Einleitungen nach »Massgabe der durch Wissenschaft und Praxis gegebenen Mittel« anzupassen, an und schließlich 6) bedürfe es für die Herstellung einheitlicher Verhältnisse einer Reichsbehörde, die zu errichten er empfahl.³⁶

Jurisch fasste damit nicht nur den Wissensstand der zeitgenössischen Debatten zusammen, er zog auch die »Wirtschaftlichkeit« in seine Bewertung mit ein und konnte unter Einbezug des Nationalwohlstands daher zu einem für die Chemieindustrie ausgesprochen günstigen Ergebnis gelangen. Ganz abgesehen davon, dass Jurischs Sichtweise sich zügig durchgesetzt hat, war es aber nicht allein diese »Denkschrift«, die für die Mächtigen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk eine Rolle spielte. Gutachten, Denkschriften, Eingaben und Klagen gab es zuhauf, wenn auch die wenigsten eine Breitenwirkung entfalteten wie die von Jurisch. Was für den Industriebezirk aber von zentraler Bedeutung war, war zweierlei. Erstens die gärenden Diskussionen um die Errichtung einer staatlichen Versuchs- und Prüfungsanstalt für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Preußen (der späteren WaBoLu) und zweitens – und ungemein wichtiger – die ungefähr gleichzeitig vorgenommene Ansiedlung des Chemiegiganten Bayer am Rhein, im nicht allzu weit entfernten Leverkusen. Bayer profitierte von der Bedeutung des Rheins als Transportader und davon, dass die eigenen Abwässer in diesen mächtigen Strom abgelassen werden konnten – etwa das bei der Anilinproduktion anfallende arsenhaltige Abwasser.³⁷ Für die kommunalen genauso wie für die industriellen

35 Konrad Jurisch: Die Verunreinigung der Gewässer. Eine Denkschrift im Auftrage der Flusscommission des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, Berlin 1890.

36 Ebd., Zit. S. 55, 77, 95, 103, 107 f.

37 Jurisch: Verunreinigung, S. 95.

Einleiter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hatte die Ansiedlung des Chemiekonzerns in Leverkusen den Charme, dass die Einleitungen chemischer Fabriken in weit stärkerem Maße in Verruf standen als die der Montanindustrie. Mit der Ansiedlung von Bayer in der Nachbarschaft verschob sich die Verursacherkonstellation: Sie wurde uneindeutig. Wer konnte schon nachweisen, an welchem toxischen Stoff die Fische unterhalb der Emschermündung verendeten? Die Ansiedlung Bayers in Leverkusen bedeutete einen neuen und großen Verschmutzer in der Nähe und verhiess damit nicht weniger als eine potenzielle Entlastung des »Ruhrgebiets« vor Kritik.³⁸

Damit hatte sich die Ausgangslage für die wirtschaftlichen Interessen – den späteren Beteiligten – zwischen den 1880er Jahren und 1899 entscheidend verändert. Mit der Etablierung des RWKS und mit dem Bekanntwerden des Umzugs von Bayer nach Leverkusen waren die Montanunternehmen bereit, sich an der Lösung der »Kalamität« zu beteiligen. Das hieß natürlich nicht, dass sie sich einfach zur Kasse bitten ließen. Das hieß lediglich, dass insbesondere die Zechen nunmehr bereit waren, überhaupt in Verhandlung zu treten.

Auch das *kommunale Gefüge* im rheinisch-westfälischen Industriebezirk geriet zum Ende des 19. Jahrhunderts mächtig in Bewegung. Lange hatte die preußische Zentralinstanz die überfällige Steuerreform zurückgedrängt. Die bis dahin geltenden Matrikularbeiträge bedeuteten, dass das Reich der »Kostgänger der Länder« war, was besonders Preußen gestärkt und in vielfältiger Form genutzt hatte.³⁹ Weitreichende Wirkung auf die Finanzlage der Kommunen entfaltete dann die Miquel'sche Steuerreform, die in mehreren Schritten bis 1893 eingeführt wurde. Johannes von Miquel, der selbst Erfahrungen als Oberbürgermeister von Osnabrück und dann Frankfurt am Main hatte, stellte mit seinem *Kommunalabgabengesetz* die Finanzen der Kommunen auf eine neue Grundlage. Miquel erfand keine neuen Steuern, legte aber fest, dass das Reich und die Kommunen ihre Finanzen vorwiegend aus bestimmten Steuerarten beziehen sollten. Für die Kommunen bildeten die Gewerbe- und Grundsteuern nun die wesentlichen Einnahmen, während die Einkommen- und Körperschaftsteuern dem Reich zufielen. Die Kommunen durften nur noch Zuschläge zur Einkommensteuer erheben, generell sollte die Bedeutung der Einkommensteuer für die kommunalen Finanzen aber gesenkt werden. Lieber sollten die Gemeinden Gebühren für ihre Leistungen erheben.⁴⁰

Das Kommunalabgabengesetz brachte den Gemeinden eine größere Einnahmesicherheit und zugleich eine größere Einnahmeflexibilität. Miquels Grundidee war das Prinzip von Leistung und Gegenleistung: Die Steuerlast richtete sich nach den Leistungen, die die Kommune erbrachte. Sollten Leistungen verbessert werden, konnte auf be-

38 Arne Andersen: Historische Technologiefolgenabschätzung. Das Beispiel des Metallhüttenwesens und der Chemieindustrie, in: Werner Abelshäuser (Hg.): Umweltgeschichte. Umweltverträgliches Wirtschaften in historischer Perspektive, Göttingen 1994, S. 76–105, hier S. 89–92.

39 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: 1849–1914, München 2008 (Studienauflage), Zit. S. 885.

40 Wolfgang R. Krabbe: Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung, Göttingen 1989, S. 157; Heinrich Lücker: Gemeindefinanzen. Zweiter Band, dritter Teil: Die Entwicklung und die Probleme des Gemeindeabgabewesens in den Städten und großen Landgemeinden der preußischen Industriebezirke. Im Auftrag des Vereins für Socialpolitik herausgegeben, Leipzig 1910, S. 33.

stimmte Steuerarten zurückgegriffen werden. Es gab Ausgaben, die vorwiegend durch Zuschläge zur Einkommensteuer gedeckt werden sollten (Schulwesen, Gesundheitspflege, Polizei), weil sie allen Gemeindemitgliedern zugutekamen, und solche, die überwiegend Gewerbetreibenden und Grundbesitzern nützlich waren und deshalb aus Gewerbe- und Grundsteuern gedeckt werden sollten: Wegebau sowie Be- und Entwässerung. Die Regulierung der Steuerbelastung war nun ein zentrales Instrument, um politische Ziele durchzusetzen, diente aber auch dazu, der Gemeinde eine unverwechselbare Kontur zu verleihen, sei es, um ihre Attraktivität zu erhöhen, sei es, um die Steuerbelastung der Gemeindemitglieder zu reduzieren.⁴¹

Die Grundlagen der kommunalen Finanzen wandelten sich gerade rechtzeitig, um die Phase des Wachstums zu flankieren, in die die Ruhrgebietskommunen um 1890 eintraten. Bis dahin hatte sich das städtische Gefüge – wenig anders als der Kohlenbergbau – höchst gemächlich entwickelt. Es ist gar nicht notwendig, bis an die Wende zum 19. Jahrhundert zurückzugehen, um die Kleinräumigkeit der Stadtlandschaft zwischen Ruhr und Lippe zu charakterisieren: Dortmund, das »große Dorf mit Mauern«, wie die Stadt 1788 bezeichnet wurde, war auch in den folgenden 50 Jahren nicht eben stürmisch gewachsen.⁴² Bis 1843 war Soest die größte Stadt am Hellweg, der alten Fernhandelsstraße vom Rhein in den Osten, erst dann wurde sie von Dortmund überholt, das kurz zuvor auch Duisburg hinter sich gelassen hatte. Es war lange Zeit nicht entschieden, welche der Städte den stärksten Wachstumsimpuls erhalten würde. Werden, Kettwig, Steele, Ruhrort und Mülheim im Kreis Duisburg, Hattingen, Witten, Blankenstein und Wattenscheid im Kreis Bochum, Lünen, Castrop und Hörde im Kreis Dortmund hatten längere Zeit ebenso gute Chancen wie die Kreisstädte.⁴³ Erst seit Mitte des Jahrhunderts zeichnete sich ab, dass weniger die Ruhrstädte, sondern die Kette der Städte am Hellweg die Siedlungsentwicklung des Industrieviers prägen würde, aber auch erst dann. Werden, die größte Stadt im Ruhrtal, hatte 1849 knapp 5.400 Einwohner, war nur wenig kleiner als Essen mit seinen 8.700 Einwohnern und hatte als ehemalige Reichsabtei eine ähnlich große Tradition wie das Stift Essen. Unterdessen war Werden ähnlich stark von Handwerk und Gewerbe geprägt und erhielt 1857 die Rheinische Städteordnung. Aus den »Statistischen und anderen Nachrichten über die Preussische Rheinprovinz nach dem

-
- 41 Ernst Scholz: Das heutige Gemeindebesteuerungssystem in Preußen. Unter besonderer Berücksichtigung des Westens der Monarchie, in: Gemeindefinanzen. Erster Band: System der Gemeindebesteuerung in Hessen, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Bayern, Sachsen, Preußen. Im Auftrag des Vereins für Socialpolitik herausgegeben, Leipzig 1908, S. 281–318, hier S. 286 f.
- 42 Gustav Luntowski: Das Jahrhundert der Industrialisierung, in: Geschichte der Stadt Dortmund, hg. v. Stadtarchiv Dortmund, Dortmund 1994, S. 214–353, hier S. 222.
- 43 Helmuth Croon: Städtewandlung und Städtebildung im Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert, in: Aus Geschichte und Landeskunde. Forschungen und Darstellungen. Franz Steinbach zum 65. Geburtstag gewidmet von seinen Freunden und Schülern, Bonn 1960, S. 484–501, hier S. 486; Heinz Günter Steinberg: Das Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Verdichtungsraum im Wandel, Münster 1985, S. 14 f.; Horst M. Bronny/Wilfried Dege: Raumpotential und Raumstruktur an der Schwelle zur Industrialisierung, in: Wolfgang Köllmann/Hermann Korte/Dietmar Petzina/Wolfgang Weber (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 81–110, hier S. 103.

Zustände am Anfang d.J. 1841« war zu lernen, dass es ganz im Westen an der Saar, außerdem im Landkreis Aachen Steinkohlegruben gab – sonst nur noch im Revier Essen-Werden.⁴⁴

Nördlich der altehrwürdigen, aber wenig bedeutenden Städte an Ruhr und Hellweg schloss sich bis zur Emscher und darüber hinaus ein Raum an, der kulturgeografisch wenig charmant als städteleer bezeichnet wird. Es gab dort nur Dörfer, deren Lage sich von alters her nach der Qualität der Böden richtete, Kotten, Bauernhöfe, wenige Grundherrschaften, ein paar Wasserschlösser. Das war das Emscherland, der Beginn der Westfälischen Bucht, die nach Süden durch die sanft ansteigende Höhenkette des Haarstrangs abgegrenzt ist. Der Haarstrang prägt die Gewässer zwischen Ruhr und Emscher. Schroff zur Ruhr nach Süden hin abfallend, lässt er alle Bäche zum Tal der Emscher fließen. Städtische Funktionen für das feuchte, zur Versumpfung neigende Emscherland erfüllten seit jeher die Siedlungen am leicht erhöhten Hellweg – dafür bot es durch seinen Gewässerreichtum zwar den Ansatz für Gewerbebetriebe wie Mühlen, war aber sonst krass unterentwickelt: Keine einzige Kunststraße führte durch das Emschertal.⁴⁵

Diese archaische Konstellation von Wirtschaft und Siedlung zwischen Ruhr und Emscher, die sich auch zur Mitte des 19. Jahrhunderts noch nicht grundlegend gewandelt hatte, wurde gar nicht einmal durch die Industrialisierung, sondern von zwei anderen Impulsen in Bewegung gebracht. Der eine war eine allmähliche Vereinheitlichung der Definition, was überhaupt eine Stadt war: Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts existierte in den deutschen Ländern ein verwirrendes Nebeneinander von Vorstellungen, was eine Stadt, eine Gemeinde und was Land war. Das galt nicht zuletzt für das Königreich Preußen. Der »Einbruch französischen Rechts« auf dem linken Rheinufer und in den Rheinbundstaaten bis 1815 und die Reformen im Preußischen Kernland jenseits der Elbe entwerteten die ins Mittelalter zurückreichende städtische Rechtsstruktur ebenso wie sie das Verhältnis der Stadt zu ihrem Umland und ihren Bewohnern auf eine neue Grundlage stellten.⁴⁶ Es dauerte gut 30 Jahre, ehe durch die Rheinische und die Westfälische Städteordnung 1856 für den Rheinisch-Westfälischen Raum ein gewisses Plateau in der Definition von Stadt erreicht war. Aber auch dann galten in den beiden Provinzen noch unterschiedliche Kriterien, wann die Städteordnung verliehen wurde: Außer den Orten, die sich schon früher Städte nennen durften, wurde die Rheinische Städteordnung solchen Gemeinden automatisch gewährt, die im Landtag der Provinz Rheinland im Stand der Städte vertreten waren und mehr als 10.000 Einwohner hatten. Die Verleihung der westfälischen Städteordnung hingegen war an eine Mindestgröße von 1.500 Einwohnern und das Ausscheiden aus dem Amtsverband mit ländlichen Gemeinden geknüpft.⁴⁷ Die

44 Gerhard Adelman (Hg.): Der gewerblich-industrielle Zustand der Rheinprovinz im Jahre 1836. Amtliche Übersichten, Bonn 1967, S. 305.

45 Bronny/Dege: Raumpotential, S. 91–93.

46 Horst Matzerath: Städtewachstum und Eingemeindungen im 19. Jahrhundert, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Die deutsche Stadt im Industriezeitalter. Beiträge zur modernen deutschen Stadtgeschichte, Wuppertal 1980, S. 67–89, hier S. 69.

47 Horst Matzerath: Regionale Unterschiede im Verstädterungsprozess: Der Osten und der Westen Preußens im 19. Jahrhundert, in: ders. (Hg.): Städtewachstum und innerstädtische Strukturveränderungen. Probleme des Urbanisierungsprozesses im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 65–96, hier S. 77 f.; Krabbe: Stadt, S. 30.

Gemeindeordnungen, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts in Preußen und anderen deutschen Ländern erlassen wurden, halfen mit ihren immer noch uneinheitlichen Festlegungen, ab welcher Größe eine Gemeinde eine Stadt war, ein wenig weiter, eine einheitliche Definition gaben auch sie aber immer noch nicht vor. Erst die Statistiker legten 1871 die Schwelle fest, ab der eine Landgemeinde im Deutschen Reich eine Landstadt war (2.000 Einwohner). Kleinstädte hatten demnach zwischen 5.000 und 15.000, Mittelstädte zwischen 15.000 und 100.000 Einwohner. Mehr als 100.000 Einwohner machten eine Stadt im statistischen Sinne zur Großstadt.⁴⁸

Lediglich die Kreisordnungen definierten auch kommunalrechtliche Konsequenzen des Stadtwachstums. Schon seit 1815 galt, dass eine »ansehnliche Stadt« mit ihrer Umgebung einen eigenen Stadtkreis bilden konnte und nicht wie alle anderen Gemeinden kreisangehörig sein musste. Das oblag der allerhöchsten Genehmigung, war eine sehr enge Definition und sie traf wirklich nur auf die größten Städte der Monarchie zu. 1820 gab es unter den 338 Kreisen in Preußen ganze 16 Stadtkreise, darunter Düsseldorf und Münster als einzige in der Nähe von Ruhr und Emscher; die verzögerte Stadtentwicklung in diesem Raum erwies sich deshalb auch an der späten Gründung von Stadtkreisen. Elberfeld und Barmen wurden 1861 als erste neue Stadtkreise im Rheinland genehmigt, erst 1872 folgte Krefeld. Essen und Duisburg wurden 1873 Stadtkreise. Dortmund war 1875 knapp vor Bochum der erste neue Stadtkreis in der Provinz Westfalen. Die Bildung eines Stadtkreises beendete die Aufsicht durch den Landrat; sämtliche kommunalen Funktionen konnten von städtischen Behörden wahrgenommen werden. Und erst das bedeutete, zumal wenn der Oberbürgermeister auch Landrat des Stadtkreises war, die Herstellung der vollständigen städtischen Autonomie.⁴⁹

Die »Auskreisung« war Fernziel jeglicher kommunalpolitischen Strategie in Preußen. Sie tauchte so merkwürdig spät am Horizont städtischer Politik auf, da die Kreisordnungen, in denen das Verfahren zur Auskreisung beschrieben war, nur zögerlich erlassen wurden. Die Kreisordnung für die östlichen Provinzen wurde 1872 reformiert. Dabei ging es tatsächlich noch um die Machtverteilung zwischen Bürgertum und Adel; ein Konflikt entzündete sich beispielsweise auch daran, ob ein Jude Oberbürgermeister werden könne.⁵⁰ Die Kreisordnungen für die westlichen Provinzen ließen aber noch länger auf sich warten: Westfalen erhielt seine Kreisordnung 1886, das Rheinland erst 1887. Dabei war schon auf den ersten Blick zu sehen, dass die Entwicklung der Gemeinden im rheinisch-westfälischen Industriebezirk den preußischen Behörden verdächtig, ja regelrecht suspekt, war: Während die Auskreisung sonst allen Städten gewährt wurde, die mindestens 25.000 Einwohner nachweisen konnten, lag die Schwelle in Westfalen bei 30.000, im Rheinland sogar bei 40.000 Einwohnern. Dem Königreich Preußen war sehr daran gelegen, durch seine Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte möglichst lange in die inneren Verhältnisse der Ballungsgebiete im Westen eingreifen

48 Krabbe: Stadt, S. 27 f.

49 Ebd., S. 30.

50 Patrick Wagner: Bauern, Junker und Beamte. Lokale Herrschaft und Partizipation im Ostelbien des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2005, S. 292–303.

zu können – und daran sollte sich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges auch nicht allzu viel ändern.⁵¹

Als die wichtigsten Südkommunen in den 1870er Jahren kreisfrei wurden, hatte sich die Raumkonstellation zwischen Ruhr und Emscher allerdings durch einen zweiten Impuls fundamental gewandelt, den Bau der Köln-Mindener Eisenbahn. Das lag recht eigentlich daran, dass ihre Schöpfer zunächst die gewaltigen Profite unterschätzt hatten, die mit dem neuen Verkehrsmittel zu erzielen waren. Dem Bau der ersten – und für das Industriegebiet bedeutendsten – Verbindung der Rheinprovinz zur Ostgrenze der Provinz Westfalen und von dort nach Norden und Berlin ging 1842 eine haushälterische Abwägung der Kosten voraus. Dabei kristallisierte sich eine Trassierung heraus, die zwar »in Bezug auf Gewerbetätigkeit und Bevölkerung« entschiedene Nachteile hatte,⁵² aber die bergischen und märkischen Gebirgszüge umging und dadurch wesentlich kostengünstiger war. Diese Strecke führte durch das Emschertal. Es wurde zwar stets betont, dass sie nicht allzu weit von Mülheim und Essen entfernt verlief – die Bereitschaft Essens, sich an den Baukosten zu beteiligen, trug sogar nicht wenig zur Entscheidung für diese Linie bei –, aber die Köln-Mindener Eisenbahn war doch bis weit in die 1860er Jahre nur spärlich mit den Hellwegstädten verbunden.⁵³

Als die Köln-Mindener Eisenbahn geplant wurde, hatten ihre Bahnhofsorte im Emschertal mitunter noch nicht einmal Namen, sondern wurden »Mülheim gegenüber«, »Essen gegenüber« und »Bochum gegenüber« genannt. Nur das »Dorf Gelsenkirchen« war verbindlich als Endpunkt eines Teilabschnitts der Bahn durch das Emschertal bezeichnet.⁵⁴ Durch die Köln-Mindener Eisenbahn entstand eine Kette von Bahnhofsorten »gegenüber« den Hellwegstädten, und das markierte den Beginn der Konkurrenz der Südstädte gegen die Nordgemeinden im Raum zwischen Ruhr und Emscher, die spätestens durch die Verleihung der Städteordnung an Oberhausen (»Mülheim gegenüber«) 1874 und an Gelsenkirchen 1875 sichtbar wurde. Aus dieser Konkurrenz entstand nicht unmittelbar ein Konflikt über den Zugang zu Ressourcen oder zu Raumreserven: Die Städte im Süden und die Bahnhofsorte im Emschertal waren längere Zeit damit beschäftigt, ihr städtisches Leistungsprofil vor dem Hintergrund der allmählich anlaufenden Industrialisierung und dem einsetzenden Wachstum der Bevölkerung zu entwickeln: 1871 war Essen mit 51.513 Einwohnern die größte Stadt des Raumes, aber Gelsenkirchen (7.825) und erst recht Oberhausen (12.805) hatten schon die kleineren Hellwegstädte wie Wattenscheid (5.074), seit 1876 Stadt, Mülheim (14.267) und Bochum (21.192) erreicht. Und auch die Bevölkerung in Orten wie Altenessen, »Essen gegenüber«, (10.101)

-
- 51 Krabbe: Stadt, S. 30; Detlev Vonde: Revier der großen Dörfer. Industrialisierung und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet, Essen 1989, S. 146.
- 52 David Hansemann: Bericht über die Vorarbeiten und Verhandlungen wegen Weiterführung der Rheinischen Eisenbahn von Köln bis zur Landesgrenze bei Minden, Aachen 1842, S. 8; Alexander Bergengrün: David Hansemann, Berlin 1901, S. 231.
- 53 Heinz Reif: Städtebildung im Ruhrgebiet. Die Emscherstadt Oberhausen 1850–1914, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 69, 1982, S. 457–487, hier S. 464; Steinberg: Ruhrgebiet, S. 66.
- 54 Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft: Auszug aus den Verhandlungen der am 26. Juli 1844 zu Köln gehaltenen Sitzung des Administrations-Rates, Köln 1844, S. 7.

und Borbeck (16.902), in dem sogar zwei Bahnhöfe der Köln-Mindener Eisenbahn lagen, hatte die Zahl von 10.000 bereits überschritten.⁵⁵

Alle diese Städte und Gemeinden mussten sich um Verkehrswege und Wohnungen, Versorgung und Entsorgung, Gesundheit und Armenpflege und vor allem um Schulen kümmern, und es dauerte seine Zeit, ehe sich überhaupt die Idee durchgesetzt hatte, dass die Initiative dazu von der Kommune ausgehen müsse. Dazu kamen die erwähnten Folgen durch den Bergbau, die sich allmählich einstellten: Bergsenkungen konnten erhebliche Schäden anrichten,⁵⁶ sie ließen überdies die Brunnen versiegen, sodass die Kommunen im Emschertal Verträge mit überörtlichen Wasserwerken oder denen der Hellwegstädte schließen mussten, was nicht ohne Konflikte blieb. Nachdem es 1866 in Altenessen zum Ausbruch einer Choleraepidemie gekommen war, dauerte es wegen der Gründerkrise dennoch zwölf Jahre, ehe sich die Gemeinde einen Vertrag mit dem Wasserwerk Essen und den Bau der nötigen Rohrleitungen leisten konnte. Die Essener Lieferung war allerdings so mangelhaft, dass der Vertrag 1887 gekündigt wurde und Wasser fortan von dem »Wasserwerk für das nördliche Westfälische Kohlenrevier« bezogen wurde. Wegen eines schon zuvor verfügten Anschlusszwangs für Privathaushalte konnte die Gemeinde Altenessen gleichwohl aus diesem Vertrag erhebliche Überschüsse erzielen, die die zunächst riskante Infrastrukturinvestition rechtfertigten.⁵⁷

Seit den 1870er Jahren zogen die Städte zwischen Ruhr und Emscher ihre Nachbargemeinden durch die verschiedenen kommunalen Projekte an sich heran. Wenn Sparkassen gegründet, Krankenhäuser errichtet, Gasleitungen verlegt und Straßenbahnen geplant wurden, dann war es günstig, wenn sich eine Nachbargemeinde fand, die diese neuen Einrichtungen mitbenutzte – und irgendwann auch mitbezahlte. Seit der Miquel'schen Steuerreform war allerdings klar, dass die »neuen«, stärker mit Industrie besetzten Städte und Orte an der Emscher bei diesen Vernetzungen finanziell ins Hintertreffen gerieten. Sie mussten einerseits alle kommunalen Leistungen aus dem Nichts schaffen, hatten andererseits aber eine Bevölkerung, die deutlich höhere Ausgaben erzwang, mit der sich aber nur geringe Steuern erzielen ließen. Durch die Dominanz des Kohlenbergbaus und den Rückzug der Landwirtschaft, in der auch Frauen mitarbeiteten, sank der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung, während der Anteil der Arbeiter, die wenig Steuern zahlten, überdurchschnittlich groß war. Da die Belastungen der Einwohner stiegen, wanderte der Mittelstand in Nachbargemeinden mit günstigeren Steuersätzen ab. Erleichtert wurde das auch durch die Verbesserung der Straßen. Daraus entstanden die »besseren« Wohnviertel, die wegen ihrer Finanzkraft nach der

55 Angaben aus: Königlich Preußisches Statistisches Bureau: Die Gemeinden und Gutsbezirke des Preußischen Staates und ihre Bevölkerung nach den Urmaterialien der allgemeinen Volkszählung vom 1. December 1871, Bd. 10: Provinz Westfalen, und Bd. 12: Rheinprovinz, Berlin 1874; Lutz Niethammer: Umständliche Erläuterung der seelischen Störung eines Communalbaumeisters in Preußens größtem Industriedorf oder Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung, Frankfurt a. M. 1979, S. 15; Vonde: Revier der großen Dörfer, S. 26–29.

56 Reif: Städtebildung, S. 472.

57 Vonde: Revier der großen Dörfer, S. 47 f.; Fritz Siebrecht: Altenessen. Ein Rückblick über 1000 Jahre, in: Essener Beiträge. Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 35, 1913, S. 225–301, hier S. 289 f. Zur Entwicklung im Raum Bochum s. Hans Petermann: Die Eingemeindungen der kreisfreien Städte des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, Dortmund 1912, S. 16–25.

Jahrhundertwende zum Hauptziel der Eingemeindungen wurden, wie etwa Bredeneu im Süden von Essen.⁵⁸

Die finanzielle Klemme, in die besonders die Gemeinden im Emschertal gerieten, lässt sich am besten anhand der Entwicklung des Volksschulwesens demonstrieren. Schulen wurden zwar von der Regierung überwacht, waren aber in Preußen eine Angelegenheit der Städte und Gemeinden: Sie errichteten sie nach Bedarf und kamen für alle Kosten auf. Das stetige Bevölkerungswachstum belastete daher alle Kommunen, aber besonders die mit einer jungen Einwohnerschaft und hohen Wanderungsgewinnen, und das waren vor allem Industriestädte. Die Differenz war beträchtlich: 1905 waren in Bonn von 100 Einwohnern 11 Schulkinder im Alter von 5 bis 15 Jahren, in Berlin ebenfalls 11, in Frankfurt am Main 9. Hingegen hatten die Städte im Industriegebiet durchweg eine fast doppelt so hohe Quote: Bochum 17, Gelsenkirchen und Mülheim 18. Da die älteren Städte gleichzeitig höhere Steuererträge erzielten, klaffte die Schere aber noch weiter auf: Bonn erreichte 1905 eine Einkommensteuer von 14,78 Mark pro Kopf, Berlin 17,07, Frankfurt am Main 26,17. An Ruhr und Emscher ließ sich allenfalls die Hälfte einnehmen: in Bochum 7,14 Mark pro Kopf, in Gelsenkirchen 7,95, in Mülheim 7,06. Die jüngeren Gemeinden nördlich und südlich der Emscher lagen aber noch darunter. Borbeck erzielte 1905 eine Einkommensteuer von 6,30 Mark pro Kopf, die Gemeinde Bottrop nördlich der Emscher 5,41, die Gemeinde Buer, ebenfalls nördlich der Emscher, 6,41. In Borbeck gab es aber 20 Schulkinder auf 100 Einwohner, in Bottrop und Buer sogar 21. »In den jüngeren Industrieorten findet sich eine auffallende Ähnlichkeit mit Kolonialgebieten, in denen die geburtenfähige Bevölkerung erheblich größer als in altbesiedelten Strichen ist«, schrieb der Berichtersteller des Vereins für Socialpolitik zur Finanzlage der Industriestädte.⁵⁹

Entwickelte sich das Schulwesen im Kaiserreich schon im Allgemeinen zu einer enormen Belastung für die Kommunen, so waren die Industriegemeinden davon in besonderem Maße betroffen: »Zwischen 1891 und 1911 stieg die vom Schulwesen ausgehende Belastung in den preußischen Gemeinden von 90 Millionen auf 279 Millionen Mark. In den kinderreichen Industriestädten [...] verschlang der Schuletat fast die gesamten Einnahmen aus der Einkommensteuer.«⁶⁰ Der Kontrast im Raum zwischen Ruhr und Emscher wird genau an diesem Wert deutlich: 1895 wandte die Stadt Bonn ein Drittel ihrer Einnahmen aus der Einkommensteuer für das Schulwesen auf, Essen knapp 70 Prozent, Gelsenkirchen aber über 90 Prozent.⁶¹ Eine Abwärtsspirale wird sichtbar, die nichts weniger war als eine Signatur für die Entwicklung der Städte und Gemeinden im Emschertal: die explodierenden Kosten für das Schulwesen erzwangen, und ganz gegen die Intention der Miquel'schen Steuerreform, höhere kommunale Zuschläge zur Einkommen-

58 Otto Most: Die Finanzlage der Ruhrgebietsstädte. I. Tatsachen und ursächliche Zusammenhänge, Jena 1932, S. 12–16; Klaus Wisotzky: Wie Essen größer wurde. Die Eingemeindungspolitik der Stadt Essen im Kaiserreich, in: Essener Beiträge. Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 127, 2014, S. 181–318, hier S. 187; Frank Bajohr: Zwischen Krupp und Kommune. Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Stadtverwaltung in Essen vor dem 1. Weltkrieg, Essen 1988, S. 131 f.

59 Lückner: Gemeindefinanzen. Zweiter Band, dritter Teil, S. 35–42, Zit. S. 39.

60 Krabbe: Stadt, S. 108.

61 Eigene Berechnungen nach Heinrich Silbergleit: Preußens Städte. Denkschrift zum 100jährigen Jubiläum der Städteordnung vom 19. November 1808, Berlin 1908, S. 244–246 u. 464–469.

dass die strukturelle Finanzklemme wahrgenommen wurde und die staatlichen Behörden zum Eingreifen zwang. Das zeigte sich allein daran, dass der Prozess der Verleihung der Städteordnung nach den frühen Stadterhebungen von Oberhausen, Gelsenkirchen und Wattenscheid Mitte der 1870er Jahre stockte: 1894 und 1896 wurden noch Meiderich und Herne Städte, 1901 Castrop. Die Anträge zur Verleihung der Städteordnung an andere Großgemeinden beidseits der Emscher wurden teils mehrfach abgelehnt. Erst seit 1911 gab es mit Hamborn, Buer und Sterkrade wieder neue Städte. In dem verzögerten Stadtwerdungsprozess bildete sich weniger die defizitäre Urbanisierung als vielmehr ein Konflikt zwischen der Industrie, den Kommunen und den Regierungsbehörden ab, der zur direkten Vorgeschichte der Emschergenossenschaft gehört.

Die Landräte und Regierungspräsidenten hatten ein dezidiertes Interesse daran, Gemeinden unselbstständig zu halten, die nach den geltenden Gesetzen nicht in der Lage waren, ihr Dasein aus eigener Kraft zu gestalten. Deshalb forderten sie – nach wie vor völlig unpräzise –, eine Gemeinde könne nur Stadt werden, wenn sie dem »gleicht, was man mit dem Begriff einer Stadt gemeinhin verbindet«, auch, um deren Einwohner angesichts des minimalen Steueraufkommens zu schützen: »Steuerlich sind 39% aller Zensiten überhaupt nicht staatseinkommensteuerpflichtig, 85% aller Zensiten haben nicht über 1.200 M., 97,5% aller Zensiten nicht über 3.000 M. Einkommen.«⁶⁶ Denn die Verleihung der Städteordnung bedeutete zwar größere Selbstbestimmung, aber auch, dass die Einwohner mit dem Minimum an Leistungen auskommen mussten, das sich die Städte zusammenknauserten. Wenn sauberes Wasser fehlte und es weder Müllabfuhr noch Kanalisation gab, konnte das lebensgefährlich sein. Der Kreisarzt des Kreises Dortmund, *Nathanael Wollenweber*, stellte 1912 eine überdurchschnittliche Quote von Infektionskrankheiten wie Diphtherie, Typhus, Meningitis und anderen in den Landgemeinden des »Kohlenreviers« fest, was er auf die beengten Wohnverhältnisse zurückführte, aber auch die minimierten kommunalen Dienste: »Die Höfe sind in der Regel sehr unsauber. Abfallstoffe, Asche, Papier usw. liegen umher; wenn Aschenkästen vorhanden sind, so sind sie häufig undicht oder überfüllt, da es in den Landgemeinden meist an geregelter Müllabfuhr fehlt.«⁶⁷

Bei den Landräten lassen sich differenzierte Strategien erkennen: Während im Landkreis Essen Anträge auf die Verleihung der Städteordnung immer wieder auf die lange Bank geschoben wurden, gehörte der Landrat des Landkreises Gelsenkirchen, *Wilhelm Hammerschmidt*, zu den Initiatoren der Auskreisung Gelsenkirchens 1903, als diese Stadt nicht ganz freiwillig mit sechs umliegenden Gemeinden verschmolz.⁶⁸ Am Beispiel Gel-

66 Regierungspräsident Düsseldorf an den Minister des Innern, betr. Verleihung der Städte-Ordnung an die Landgemeinde Altenessen, 16.8.1898, in: Niethammer: Unfähigkeit, S. 86; s. auch Detlev Vonde: »Den Mangel verwalten«. Die Finanzierung von Infrastruktur in der Stadt und im Landkreis Essen um die Jahrhundertwende, in: Klaus Wisotzky/Michael Zimmermann (Hg.): Selbstverständlichkeiten. Strom, Wasser, Gas und andere Versorgungseinrichtungen: Die Vernetzung der Stadt um die Jahrhundertwende, Essen 1997, S. 216–230.

67 Nathanael Wollenweber: Mängel im Wohnungswesen im westfälischen Industriebezirk und ihre Bedeutung für die Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Vortrag auf der Medizinal-Beamten-Versammlung in Hagen am 18. Mai 1912, Berlin 1913, S. 6.

68 Petermann: Eingemeindungen, S. 40–50; Johann Hinrich Metz: Gelsenkirchen. Entstehung und Entwicklung der Stadt, Gelsenkirchen 1917, S. 19.

senkirchens zeigt sich auch, wie verkürzt das Argument ist, die alten Eliten hätten sich der kommunalen Dynamik entgegenstellen können: Der Gelsenkirchener Stadtrat war gezwungen, Fusion und Auskreisung zuzustimmen, als sich abzeichnete, dass die mittlerweile annähernd so große Gemeinde Schalke anderenfalls gemeinsam mit einer anderen Gemeinde eine Stadt mit dem ehrfurchterweckenden Namen Schalke-Bismarck gründen würde. Jedenfalls spiegelten die Auskreisungen – beispielsweise auch die von Witten 1899 – die Strategien der Landräte und der Regierungspräsidenten: Während »im Landkreis Essen bis zu seiner Auflösung 1929 keine neue Stadt entstand, im Dortmunder Kreis nur eine einzige Castrop, [...] [wurden] die übrigen Landkreise durch die Bildung kreisfreier Städte allmählich ausgehöhlt.«⁶⁹

Das Interesse der Südstädte im Raum zwischen Ruhr und Emscher war anders gelagert als das der Landräte. Sie hatten in erster Linie das Ziel, einen Zugriff auf die steuerstärkeren Gemeinden in ihrer Umgebung zu erhalten und sie einzugemeinden. Da das eine allzu durchsichtige Strategie war und Eingemeindungen nicht verfügt werden konnten, sondern gesetzlich zu regeln waren, mussten sie Eingemeindungspakete schnüren, bei denen diese Filetstücke zwischen den knochigen Industriegemeinden versteckt waren. Die Stadt Dortmund, die so große Raumreserven hatte, dass sie erst um 1910 nach Möglichkeiten suchte, ihr Stadtgebiet zu erweitern, entwickelte dafür dann gleich ein Großprojekt, durch das die Landkreise Dortmund und Hörde ihr zugeschlagen wurden. Denn der Landkreis Hörde umfasste auch die Stahlkocherstadt Hörde, die anerkanntermaßen notleidend war, und so ließ sie sich besser »verdauen.«⁷⁰

Die Stadt Essen sah sich mit einem ähnlichen Problem, aber in potenziert Form konfrontiert. Essen warf schon seit dem Ende der 1880er Jahre begehrliche Blicke auf die Gemeinden südlich der alten Stadt, die allesamt steuerstark und nicht sehr mit Industrie und Bergbau besetzt waren. Damit hoffte der bereits erwähnte Erich Zweigert, seit 1886 Oberbürgermeister, die Eingemeindung von Altendorf, westlich von Essen gelegen und wichtiger Standort der Fried. Krupp-Gussstahlfabrik, ausgleichen zu können.⁷¹ Die Eingemeindung von Altendorf zog sich jedoch ebenso lange hin wie die der »guten, gesunden Wohngegenden«, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung schrieb,⁷² im Süden und Südosten Essens. 1887 begannen die Verhandlungen, aber erst 1901 wurde Altendorf formell Essen zugeschlagen. Ursache der Verzögerungen waren zahllose kostenträchtige Zugeständnisse, die die Landgemeinden forderten. Meist ging es dabei um den Bau und die Unterhaltung von Schulen, die Gewerbesteuer und die Zuschläge zur Einkommensteuer, den Schlachthauszwang, den Chausseebau und die Kanalisation. Das Gefälle vom Hellweg zum Emschertal bedingte allerdings, dass die Essener Verhandlungen mit Altendorf sich auch über die Frage der Entwässerung festliefen.

69 Croon: Städtewandlung, S. 490.

70 Wolfgang R. Krabbe: Eingemeindungsprobleme vor dem Ersten Weltkrieg: Motive, Widerstände und Verfahrensweise, in: Die alte Stadt 7, 1980, S. 368–387, hier S. 370–372.

71 Wisotzky: Essen, S. 192 ff.; Hein Hoebink: Mehr Raum – mehr Macht. Preußische Kommunalpolitik und Raumplanung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1900–1933, Essen 1989, S. 24–33; Petermann: Eingemeindungen, S. 50 ff.

72 Zit. n. Wisotzky: Essen, S. 206.

Wenngleich die Emscher nicht von vorneherein als Cloaca Maxima gedacht war, so wurden ihre linken Nebenläufe doch wie selbstverständlich als natürliche Abwasserkanäle gesehen – und daraus entstanden zahlreiche Konflikte der Hellwegstädte mit den Städten und Gemeinden im Emschertal. Das spielte für Dortmund, das ohnehin halb von der Emscher umflossen wird, weniger eine Rolle, aber für die Stadt Essen war es vital, sich mit den Unterliegern zu arrangieren, wenn ihre Bevölkerung und damit ihr Abwasseraufkommen wuchsen. Zumal wenn durch Bergsenkungen Seen aus Abwässern der Hellwegstädte entstanden wie in Oberhausen, Altenessen und Gelsenkirchen, konnte das überaus kostenträchtig werden: Da die Stadt Essen mit Altenessen über mehrere Jahre hinweg Prozesse über die Abführung der städtischen Abwässer geführt hatte, war sie bereit, der Gemeinde Rellinghausen – allerdings im Vorfeld von deren Eingemeindung – ein Klärwerk für 400.000 Mark zu spendieren, als eine Neuauflage des Konfliktes mit Altenessen drohte.⁷³

Nachdem Essen schon seit den 1870er Jahren immer wieder verpflichtet worden war, die durch Altenessen fließende Berne mit wachsenden Kosten zu reinigen, erstritt Altenessen 1897 ein Urteil, durch das es der Stadt Essen nicht mehr gestattet war, ihre Abwässer in die Berne zu leiten.⁷⁴ Stattdessen sollte die Stadt ihre Abwässer – ohne Nutzung der Berne – durch geschlossene Röhren direkt zur Emscher und zu einem dort zu errichtenden Klärwerk leiten. Zweigert habe daraufhin sarkastisch geklagt, nun müsse der Hauptkanal zugemauert und Essen unter Wasser gesetzt werden. Diese Geschichte wird gern an den Anfang der Geschichte der Emschergenossenschaft gesetzt, um die Absurdität der fehlenden überörtlichen Regelung des Abwassers anzuprangern: »Es ist heute im Zeitalter einer straffen und einheitlichen Gesamtleitung kaum noch vorstellbar, welche Schwierigkeiten damals die verwaltungstechnische Durchführung eines wichtigen öffentlichen Unternehmens bot, dessen Auswirkung sich über zwei Provinzen, drei Regierungsbezirke, viele Kreise und Stadtbezirke erstreckte und zudem fast der gesamte Bergbau des Reviers unmittelbar interessiert war«, stellte ein enger Mitarbeiter Zweigerts fest, als das organisiert war.⁷⁵ In Wahrheit zeigt diese Anekdote, welches Sanktionspotenzial die jungen Städte und Gemeinden im Emschertal in der Abwasserfrage besaßen – unter einigermaßen rechtsstaatlichen Bedingungen konnten sie beliebig Forderungen stellen, denn die Alternative für die Städte am Hellweg aber auch für die Industrie war, nicht mehr wachsen zu können: »Sie waren gezwungen, sich mit den Un-

73 Wisotzky: Essen, S. 226; Martin Weyer-von Schoultz: Stadt und Gesundheit im Ruhrgebiet 1850–1929. Verstädterung und kommunale Gesundheitspolitik dargestellt am Beispiel der jungen Industriestadt Gelsenkirchen, Essen 1994, S. 114.

74 Thomas Rommelspacher: Kehrriech, Abfall, Abwasser und Fäkalien: Die Regulierung der Stadthygiene in Essen 1850 bis 1920. Die Ausdifferenzierung von Abwasser- und Fäkalienbeseitigung, Straßenreinigung und Müllabfuhr, in: Klaus Wisotzky/Michael Zimmermann (Hg.): Selbstverständlichkeiten. Strom, Wasser, Gas und andere Versorgungseinrichtungen: Die Vernetzung der Stadt um die Jahrhundertwende, Essen 1997, S. 151–176, hier S. 161 f.

75 Paul Brandt: Der Aufstieg Essens zur Industriemetropole. Eine Erinnerung an Oberbürgermeister Erich Zweigert, in: Essener Beiträge. Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 60, 1940, S. 239–294, hier S. 285; Heinrich Helbing: Die Emschergenossenschaft, in: Emschergenossenschaft (Hg. im Auftrage des Vorstandes v. Baudirektor Helbing): 25 Jahre Emschergenossenschaft. 1900–1925, Essen 1925 (Selbstverlag), S. 1–17, hier S. 4; Vonde: Finanzierung, S. 229.

terliegern, koste es was es wolle, zu einigen.«⁷⁶ Am Ende gelang es der Stadt Essen, die Erfüllung der Auflagen des Urteils zur Berne bis zur Gründung der Emschergenossenschaft hinauszuzögern.

Da gleichzeitig mit der Zuspitzung der Diskussion über das Abwasser der Hellwegstädte und besonders Essens auch die Erwägung konkret wurde, den Kanal zwischen Rhein und Weser in das Emschertal zu legen, hatten die Kommunen im Süden erst recht ein Interesse daran, sich mit den Gemeinden und Städten im Emschertal zu einigen, um sich einen direkten städtischen Zugang zu dem künftigen Kanal zu sichern.⁷⁷ Es sei dahingestellt, wie weit diese Konflikte die Wahrnehmung der »Industriedörfer« prägten. Allein um den Preis für die Einleitung oder gar die Eingemeindung zu deckeln, hatten die Hellwegstädte jedenfalls ein Interesse daran, ihre geografisch bevorzugten Rivalinnen entlang der Emscher schlechtzureden – und eine abschätzige Deutung von deren finanziellen Schwierigkeiten zu verbreiten.

Merkwürdig passiv war die Rolle der Unternehmen, als sich die Konflikte über die Gestalt des kommunalen Systems zwischen Ruhr und Emscher zuspitzten: In den Stadt- und Gemeinderäten waren sie entsprechend ihrem Gewicht vertreten und konnten stets darauf verweisen, dass ihre Steuern Treibstoff der Kommunalpolitik waren. Zwar errichteten sie zahlreiche Kolonien und Siedlungen, gelegentlich stellten sie Einrichtungen, die sie selbst benötigten, auch für die Kommunen zur Verfügung – wie etwa am Beispiel des von Friedrich Grillo gegründeten »Wasserwerks für das nördliche Westfälische Kohlenrevier« zu sehen. Gegen die Defizite der Siedlungs- und Stadtentwicklung, die zum Ende des 19. Jahrhunderts besonders in den finanziell notleidenden Gemeinden im Emschertal sichtbar wurden, gingen sie hingegen nicht aktiv vor.

Auch für die Gemeinden gab es kaum eine Handhabe, die Unternehmen zu einem stärkeren Engagement und einem größeren Beitrag zu zwingen. Die einzige leitete sich aus dem am 25. August 1876 erlassenen Gesetz »betreffend die [...] Gründung neuer Ansiedlungen« ab. Dieses Gesetz, nicht zu verwechseln mit dem sogenannten Ansiedlungsgesetz (Gesetz, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen) von 1886, galt in den östlichen Provinzen des Königreichs Preußen und in der Provinz Westfalen und beschrieb ein Verfahren für die Genehmigung von neuen Wohnhäusern, Siedlungen und Kolonien. Das sollte zunächst Versuche ersticken, eine polnische Siedlungsbewegung in den östlichen Provinzen ins Leben zu rufen, hatte aber in der Ausdehnung auf Westfalen einen anderen Sinn: Eine Gemeinde, aber auch Anlieger, konnten demnach einen Einspruch gegen eine Ansiedlung geltend machen, wenn sie keine Zufahrt hatte und die Nutzung benachbarter Grundstücke für Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei störte. Außerdem mussten Unternehmen einen Plan vorlegen, in dem nachgewiesen wurde, »in welcher Art die Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse geordnet werden sollten«. Das Gesetz begründete damit faktisch einen Entschädigungsanspruch der Gemeinden, schon bevor jegliche Wohnhäuser errichtet wurden: Es »wies die Gemeinden auf die Wahrung ihres Vorteils geradezu hin

76 Helbing: Emschergenossenschaft, S. 4.

77 Olaf Schmidt-Rutsch: Der Rhein-Herne-Kanal. Zur Geschichte der »Pulsader des Ruhrgebiets«, in: Geschichte im Westen 36, 2021, S. 49–70; Leo Sympher: Emscherthallinie und Kanalisierung der Lippe, Berlin 1901.

und verlieh ihnen in seiner Verfolgung eine sehr weitgehende Gewalt«. ⁷⁸ Die Folge des Gesetzes war allerdings, dass die Unternehmen den Bau von Siedlungen und Kolonien – zumal in finanziellen Schwächephasen – so lange wie es irgend ging hinauszögerten und sich eher darauf verließen, dass ihre Arbeiter und deren Familien sich in bestehende Wohnungen einmieteten. Die oftmals beklagten beengten – und ungesunden – Wohnverhältnisse zwischen Ruhr und Emscher gingen auch auf das kontraproduktive Ansiedlungsgesetz zurück.

Da sich die Absatzlage des Steinkohlebergbaus mit der Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats (RWKS) stabilisierte, war zwar zu erwarten, dass sich die Lage bessern würde, doch stand auch eine enorme Expansion der Beschäftigtenzahlen an. ⁷⁹ In den 1890er Jahren herrschte mithin eine Art Sattelzeitstimmung im rheinisch-westfälischen Industrieviertel, die vorher nicht aufgetreten war und so nie wieder auftrat: Der Blick zurück ließ die Gegenwart als Konsolidierung auf höherem Niveau erscheinen, es zeichnete sich aber ein Boom ab, der das Zeug hatte, alle vergangenen Erfahrungen in den Schatten zu stellen. In Erwartung dessen schien es angezeigt, die Defizite zu bereinigen, die aufgetreten waren, sich aber auch großzügig vorzubereiten. Weil die Zahl der Bergleute über alle Maßen weiterwuchs und es erwartbar war, dass die Entwicklung nördlich der Emscher ähnliche Folgen haben würde wie südlich, waren die Fragen, wie das Industriegebiet mit sauberem Wasser versorgt, und vor allem, wie das Abwasser weggeschafft werden könnte, nicht die kleinsten, die sich stellten. Die Dynamik der Wasserpolitik wuchs jedoch, da sie mit einem zweiten Problem in eine Wechselbeziehung trat: Denn es war schon zu Beginn der 1890er Jahre klar, dass ein großer Teil der für den Kohlenbergbau benötigten Beschäftigten nicht aus der Region zu gewinnen, überwiegend noch nicht einmal deutschsprachig und oft Ausländer sein würde. Die Furcht vor der dadurch drohenden Überfremdung stärkte diejenigen, denen die Expansion von Bergbau und Industrie mit ihren politischen und sozialen Folgen ohnehin unbehaglich war, und die die Kosten für Kanalisierung und Entwässerung scheuten. Auch die Wasserpolitik zwischen Ruhr und Emscher hatte etwas mit Herrschaft und Bevölkerungspolitik zu tun. ⁸⁰

Die Zählung der Belegschaft der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, die der Berghauptmann des Oberbergamtsbezirks Dortmund, *Otto Taeglichbeck*, im Dezember 1893 anstellen ließ, war die erste systematische Erhebung der Beschäftigten in den staatlichen und privaten Bergwerken seines Bezirks überhaupt. Die Fragebögen enthielten aber auch Abschnitte zu den Wohnverhältnissen, zum Besitz, zum Familienstand, zur Konfession, vor allem aber zur Herkunft und zur Muttersprache der Bergleute. Durch diese Erhebung wurde schlagartig sichtbar, wie sehr der Bergbau zwischen Ruhr und Emscher von Polnisch sprechenden Bergarbeitern abhängig war, die überwiegend aus den östlichen Provinzen Preußens, teils aber auch aus dem Ausland stammten; sie waren mit weitem Abstand die größte Gruppe der Fremdsprachigen,

78 Ernst Jüngst: Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Vereins für die Bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen, Essen 1908, S. 113.

79 Steinberg, Ruhrgebiet, S. 53, 75.

80 David Blackburn: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft, aus dem Engl. übers. v. Udo Rennert, München 2007, S. 14 f. und S. 307–313.

außer ihnen waren nur wenige Hundert Niederländer und Italiener nennenswert. Hingegen gab es allein unter den rund 154.000 erfassten in Deutschland geborenen Bergleuten 22.000, die Polnisch oder Polnisch und Deutsch als Muttersprachen hatten. Diese 22.000 verteilten sich allerdings nicht gleichmäßig, sondern es gab eindeutige Schwerpunkte bei den jüngeren Zechen im Emschergebiet, nördlich also: Die größten Ballungen waren in den Bergrevieren Gelsenkirchen, Essen-West, Recklinghausen-West, Wattenscheid und Herne. Und in diesen Revieren gab es auch Zechen, in denen Polnisch sprechende Bergleute zwar nicht die Mehrheit, aber doch einen beträchtlichen Anteil an der Belegschaft bildeten. Auf den Bergwerken Consolidation und Pluto im Bergrevier Gelsenkirchen und Prosper im Bergrevier Essen-West gab es 1.000 oder mehr Polnisch sprechende Bergleute, und im Fall von Prosper, das in Sichtweite der Emscher, überwiegend auf dem Gebiet der Gemeinde Bottrop lag, bildeten sie mehr als ein Drittel der Belegschaft.⁸¹

Der Grund, warum Taeglichsbeck mit der Frage nach der Muttersprache die Aufmerksamkeit auf die Bergarbeiter polnischer Herkunft lenkte, erschließt sich nicht leicht. Polnisch sprechende Bergarbeiter gab es seit 1871 auf den Zechen zwischen Ruhr und Emscher. Die Ballung in Bottrop erklärt sich durch die Kettenwanderung einer Elite von gelernten Bergarbeitern aus Oberschlesien, die nach dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges einsetzte und in den nächsten 20 Jahren Verwandte und Bekannte nachzog.⁸² Es ist bis heute nicht klar, wie die Häufungen bei anderen Bergwerken entstanden. Jedenfalls gab es keine Möglichkeit, Beschäftigte für die neu abgeteufte Schächte anders zu gewinnen als aus den östlichen Provinzen. Öffentliches Interesse erregten die von dort kommenden Bergarbeiter zunächst kaum.⁸³ Sie fielen hauptsächlich dadurch auf, dass sie unentwegt um die Entsendung Polnisch sprechender Seelsorger baten, dass ihre immer häufiger mitwandernden Ehefrauen noch ihre ländliche Tracht trugen, und dass sie lokal ab und zu Gegenstand von Zeitungsberichten über Schlägereien und andere kleinere Vergehen waren.

Die Aufmerksamkeit für die Polen an der Emscher wuchs erst als Folge der Auseinandersetzungen über die Zukunft der östlichen Provinzen. Diese gerieten nach dem Ende des Bürgerkriegs in den Vereinigten Staaten und begünstigt durch den Bau der Eisenbahnen in den Sog der Auswanderungsbewegung, die praktisch die gesamte Landbevölkerung erfasste. Angehörige der Schicht von Landarbeitern und Pächtern, die erst nach der Bauernbefreiung entstanden war, wanderten besonders während der Gründerkrise

81 Otto Taeglichsbeck (Hg.): Die Belegschaft der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtsbezirk Dortmund nach der Zählung vom 16. Dezember 1893, Teil 2, Essen, Dortmund 1896, S. XIII–XV u. S. 22–31.

82 S. Lutz Budrass: Von Biertultau (Biertułtowy) nach Batenbrock. Oberschlesier in Bottrop, in: ders./Barbara Kalinowska-Wójcik/Andrzej Michalczyk (Hg.): Industrialisierung und Nationalisierung. Fallstudien zur Geschichte des ober-schlesischen Industriezentrums im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 2013, S. 111–146.

83 Aus der umfangreichen Literatur David Skrabania: Keine Polen? Bewusstseinsprozesse und Partizipationsstrategien unter Ruhrpolen zwischen der Reichsgründung und den Anfängen der Weimarer Republik, Herne 2019, S. 61–66, sowie neuerdings die Aufsätze in Andrzej Michalczyk/David Skrabania (Hg.): Migrationsgeschichte Oberschlesiens von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn 2024.

in Scharen aus und schufen auf diese Weise einen Arbeitskräftemangel, der den Großgrundbesitz im Osten in eine Existenzkrise stürzte. Die Gutsbesitzer in Westpreußen und Posen, in geringerem Maße auch in Pommern, Ostpreußen und Schlesien wichen darauf aus, polnische Landarbeiter von jenseits der Grenzen, aus Russland und Österreich einzustellen. Das wiederum wurde in Berlin und namentlich von *Otto von Bismarck* als nationale Bedrohung gedeutet, da die ausgewanderten Deutschen durch diese Strategie quasi mit Polen aus Russland ersetzt wurden und damit der deutsche Charakter der östlichen Provinzen infrage stand. Als Gegenmaßnahme wurden deshalb Polen ungeklärter Staatsangehörigkeit seit 1885 aus den östlichen Provinzen Preußens ausgewiesen, 1886 wurde das erwähnte Ansiedlungsgesetz erlassen, durch das der preußische Staat einer neu geschaffenen Ansiedlungskommission erhebliche Mittel gab, Land für deutsche Bauern zu kaufen. 1892 erschien *Max Webers* Analyse der Lage der Landarbeiter im Ostelbischen Deutschland, in der er erstmals eine These formulierte, die er in den folgenden Jahren auf allen Ebenen der Öffentlichkeit mit Vehemenz vertrat: Die weitere Polonisierung der östlichen Provinzen sei nicht aufzuhalten und Folge der Bedürfnislosigkeit der polnischen Landarbeiter.⁸⁴

Im Jahr darauf, 1893, veröffentlichte *Max Sering*, schon zu dieser Zeit einer der bekanntesten Agrarwissenschaftler, Professor in Berlin und wie Weber einer der führenden Köpfe im Verein für Socialpolitik, seine Darstellung über die »Innere Kolonisation im östlichen Deutschland«. Darin entwickelte er das Programm, die entvölkerten Landstriche im Osten wie Kolonien in Übersee neu zu besiedeln und dabei gleichzeitig einen »ländlichen Mittelstand« zu schaffen, damit eine »von staatlichem Gemeinsinn erfüllte Bevölkerung in den Kolonien für Generationen und Jahrhunderte eine gesicherte Stätte finden« könnte. Bei Sering gab es immerhin – anders als bei Weber und den zahlreichen anderen Analysen, Dissertationen und Darstellungen, die in den kommenden Jahren über das nationalpolnische Vordringen im Osten geschrieben wurden – auch einen Fingerzeig auf Rheinland und Westfalen, die zwischen 1885 und 1890 einen Wanderungsüberschuss von 550.000 Menschen zulasten der östlichen Provinzen verzeichnet hatten, während die Auswanderungsströme nach Übersee dort immerhin noch 330.000 erfassten.⁸⁵

Folgen für die Gemeinden im Emschertal hatte diese Feststellung zunächst nicht. Die Empörung über die Ausweisungen und die Kritik an der Ansiedlungskommission führten indes zu der sogenannten Versöhnungspolitik unter dem Nachfolger Bismarcks, *Leo von Caprivi*. Er sah sich mit Forderungen der Großgrundbesitzer konfrontiert, die eine Lockerung der Ausweisungspolitik anstrebten, weil sie nicht auf polnische Arbeiter aus Russland und Österreich verzichten konnten, und er war überdies politisch auf die polnischen Abgeordneten im Reichstag angewiesen. Deshalb ließ Caprivi sich auf die Zulassung von Saisonarbeitern ein, während der Ansiedlungskommission die Mittel gekürzt wurden.⁸⁶ Trotz der Beruhigung der Lage war die Regierung nun allerdings aufmerk-

84 Als Überblick s. Hans-Erich Volkmann: Die Polenpolitik des Kaiserreichs. Prolog zum Zeitalter der Weltkriege, Paderborn 2016, S. 230 f.

85 Max Sering: Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland, Leipzig 1893, Zit. S. 1 u. S. 5–7.

86 Robert Spät: Die »polnische Frage« in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894–1918, Marburg 2014, S. 27–29.

samer gegenüber den Polen. In der Volkszählung 1890 wurde erstmals wieder nach der Muttersprache gefragt, auch, um die Größe der deutschen und der polnischen Bevölkerung in Posen und Westpreußen vergleichen zu können – und das leitete sicher zu der Frage nach der Muttersprache in der Erhebung von Taeglichsbeck über, möglicherweise auch als Reaktion auf Serings Berechnungen zum östlichen Wanderungsüberschuss in Rheinland und Westfalen.⁸⁷

Mit der Entlassung Capravis als Reichskanzler 1894 spitzte sich die »Polenfrage« jedoch auch zwischen Ruhr und Emscher zu. Wenngleich das auf die Abberufung des polnischen Seelsorgers *Franciszek Liss* zurückging, gründete sich in Bochum der Verband der Polen in Deutschland als erste nicht kirchliche Organisation; 1898 kam ein kurzlebiger polnischer sozialdemokratischer Arbeiterverein »Morgenröte« hinzu, der in Herne gegründet wurde und gleich die ganze Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zog.⁸⁸ Im Osten entstand 1894 nach einer Wallfahrt von Hunderten Posener Bürgern zu Bismarck eine Vorform des Ostmarkenvereins, der sich die Stärkung des Deutschtums in den östlichen Provinzen auf die Fahne schrieb. Schon seit 1891 gab es den Allgemeinen Deutschen Verband (seit 1894 Alldeutscher Verband) zur Förderung der deutschen nationalen Interessen im In- und Ausland, der im September 1894 einen Forderungskatalog zum Umgang mit der polnischen Minderheit in den östlichen Provinzen verabschiedete.⁸⁹ Entsprechend wuchs die Zahl der Veröffentlichungen zur »Polenfrage«; *Hans Delbrück*, der Herausgeber der meinungsführenden Preußischen Jahrbücher, veröffentlichte 1894 ein Heft zu diesem Thema, in dem er seine Gegenposition zum Ostmarkenverein und zum Alldeutschen Verband zusammenfasste: Die Initiativen zur Germanisierung hätten allesamt kontraproduktiv gewirkt – wenn die Entvölkerung der ländlichen Regionen in Ostdeutschland aufgehalten werden solle, müssten Bauerndörfer geschaffen werden, ohne Ansehen der Nationalität der Bauern. Die deutsche Sprache würde sich als Verkehrssprache ohnehin durchsetzen, da ihre Beherrschung Voraussetzung des sozialen Aufstiegs sei. Die Hysterie über die nationalpolnische Strategie zur Überwältigung der Deutschen in den Provinzen Westpreußen und Posen nahm dennoch solche Ausmaße an, dass ein Zeitungsredakteur in Posen 1899 darin einen »Polenkoller« erblickte.⁹⁰

Umfangreichere Darlegungen, die auch die Polnisch sprechenden Bergarbeiter an Ruhr und Emscher berücksichtigten, gab es zunächst nur auf der amtlichen Ebene. Ein Interesse in den Behörden lässt sich immer dann nachweisen, wenn ein höherer Beamter Verwaltungserfahrung aus dem Osten der Monarchie mitbrachte, was regelmäßig der Fall war. Der Oberpräsident von Westfalen zwischen 1889 und 1899, *Heinrich Konrad Studt*, war in den 1860er Jahren Landrat in der Provinz Posen gewesen und legte 1896

87 S. Richard Böckh: Die Verschiebung der Sprachenverhältnisse in Posen und Westpreußen, in: Preußische Jahrbücher 77, 1894, S. 424–437; Philipp Kröger: Die Grenzen des Vergleichs. Die statistische Vermessung der östlichen Grenzregionen des Kaiserreichs und die Unterschiede deutscher Herrschaft in Übersee und Europa, in: Geschichte und Gesellschaft 47:4, 2021, S. 623–647.

88 Krystyna Murzynowska: Die polnischen Erwerbsauswanderer im Ruhrgebiet während der Jahre 1880–1941, Dortmund 1979, S. 120–130, 160 f.

89 Unsere Forderungen in der Polenfrage, in: Alldeutscher Verband (Hg.): Die deutsche Ostmark. Aktenstücke und Beiträge zur Polenfrage, Berlin 1894, S. 42–47.

90 Spät: Die »polnische Frage«, S. 45–60; Hans Delbrück: Die Polenfrage, Berlin 1894; Georg Wagner: Der Polenkoller. Skizze vom »Kriegsschauplatz« in den Ostmarken, Leipzig 1899.

seine Vorstellungen wie das »Polenthum im Westen [...] der Germanisierung zugeführt werden« könne, in einer ausführlichen Denkschrift nieder, die den Forderungskatalog des Alldeutschen Verbandes von 1894 aufnahm: Einschränkung der Verwendung der polnischen Sprache, schärfere Überwachung der Vereine und der polnischen Geistlichen, ausschließlich deutschsprachiger Schulunterricht.⁹¹

Der erste größere Versuch, das Zunahme der polnischen Bevölkerung in den Ostprovinzen und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im Zusammenhang zu deuten, stammte jedoch von *Arthur Dix*. Dix war in Westpreußen geboren und lebte auf einem Rittergut in der Nähe von Kulm (Chelmno). Er hatte allerdings in Berlin bei Max Sering studiert und legte 1898 und 1899, kaum 24 Jahre alt, in rascher Folge etliche Veröffentlichungen zur politischen Geografie und Statistik, aber vor allem zum »Polenproblem« vor. Dabei genoss er prominente Unterstützung: Ein erster Aufsatz, allerdings zu einem anderen Thema, erschien in Delbrücks Preußischen Jahrbüchern (wofür er sich gleich eine Kontroverse mit *René Kuczynski*, einem der bekanntesten deutschen Statistiker, einhandelte), ein zweiter über das Slawentum in Preußen in den renommierten Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik.⁹² Dix diskutierte seine Überlegungen zur Rolle der Polen aber konzentriert in einem schmalen Band, der die innere und äußere Kolonisation unter einem griffigen Titel zusammenzog: »Die Völkerwanderung von 1900«. Darin ging es zunächst um einige Ideen zur Lenkung der deutschen Kolonialbestrebungen und Siedlungsschwerpunkte (Südbrasilien, Südafrika und Ostasien), daran anschließend entwickelte Dix seine Deutung der »Ausbreitung des Slawentums im Westen«.⁹³ Seine These war an sich simpel: Die Rekrutierung der polnischen Arbeiter deutscher Staatsangehörigkeit für die Industrie im Westen baue kontinuierlich Druck auf die Großgrundbesitzer im Osten auf, polnische Arbeiter aus Russland und Österreich zu holen. Resultat sei ein endloser, ungebremster Einwanderungszug von Polen, der nicht mehr nur das Deutschtum im Osten, sondern auch das zwischen Ruhr und Emscher unterwandere:

»Der polnische Arbeiter zieht aus auf den höheren Verdienst, der ihn im Westen lockt, dort macht er deutsche Arbeiter entbehrlich, drückt die Preise und die Kultur herab, verpflanzt das Polenthum in rein deutsche Gebiete; daheim kommt die Zeit, da er unentbehrlich ist; hohe Löhne für deutsche Arbeiter kann der Grundbesitzer nicht zahlen – also kommen die russisch-polnischen Hilfskräfte, drücken die Kultur noch mehr herab, vertreiben die deutschen Arbeiter und auch die polnischen Vettern, denen sie an Bedürfnislosigkeit noch überlegen sind – diese gehen wieder nach dem Westen – im Osten fehlen wieder mehr Kräfte – es kommen wieder mehr Slaven über die Grenze.«⁹⁴

91 Christoph Kleßmann: *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet, 1870–1945*, Göttingen 1978, S. 83 f.; Die Denkschrift ist abgedruckt in Hans Jürgen Brandt (Hg.): *Die Polen und die Kirche im Ruhrgebiet, 1871–1919. Ausgewählte Dokumente zur pastoral und kirchlichen Integration sprachlicher Minderheiten im deutschen Kaiserreich*, Münster 1987, S. 119–128.

92 Erika Behm/Jürgen Kuczynski: *Arthur Dix, Propagandist der wirtschaftlichen Vorbereitung des Ersten Weltkrieges*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 10:2, 1970, S. 69–100; *Arthur Dix: Das Slawentum in Preußen, seine Bedeutung für die Bevölkerungsbewegung und Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 70, 1898, S. 561–602.

93 *Arthur Dix: Die Völkerwanderung von 1900*, Leipzig 1898, S. 48.

94 *Ebd.*, S. 53.

Dieser Einwanderungszug unterlaufe auch die antipolnischen Maßnahmen in den östlichen Provinzen. Da die Ausweisungserlasse in den westlichen Provinzen nicht galten und die Industrie nach Arbeitern schrie, konnte ein russischer oder österreichischer Pole in den Westen ziehen und sich auf diese Weise schützen: »es liegt System in jenen Wanderzügen!«⁹⁵

Als Dix' Studie erschien, spitzte sich auch die Debatte über die Polnisch sprechenden Arbeiter im Industrieviertel zu. Im Januar 1899 erließ das Oberbergamt Dortmund, vornehmlich aus Sicherheitsinteressen, eine Bergpolizeiverordnung, durch die fremdsprachige Arbeiter nur dann im Bergbau beschäftigt werden durften, wenn sie genügend Deutsch verstanden, um den Anweisungen ihrer Vorgesetzten zu folgen. Seit 1898 gab es eine Außenstelle des Ostmarkenvereins in Dortmund, die ausgesprochen rühmig gegen das polnische Eindringen in dieses »altgermanische Gebiet« agitierte,⁹⁶ während einer der Gründer des Alldeutschen Verbandes, *Theodor Reismann-Grone*, seit 1890 Pressesprecher des bereits erwähnten Bergbauvereins war. Reismann-Grone wurde in den kommenden Jahren der wichtigste Agitator gegen die polnische Kolonie im Industriegebiet. Er forderte unentwegt eine repressivere Politik gegen die Polen, was umso schwerer wog, da er nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst des Bergbauvereins das wichtigste Blatt in der Region beherrschte. 1895 übernahm er die Chefredaktion der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, 1897 die Zeitung selbst. Das ursprünglich nationalliberale Blatt vertrat fortan eine nationalistische und expansionistische Linie. Die fremdartigen und bedrohlichen polnischen Kolonien an der Emscher waren offenbar so attraktiv für die Leser der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, dass Reismann-Grone sie – und den laxen Umgang der Behörden mit ihnen – seit dem Frühjahr 1899 mit steigender Frequenz zum Thema machte. Er folgte zunächst allerdings noch den konventionellen Bahnen der antipolnischen Argumentation und blieb auf die nationalpolnische Bewegung in den östlichen Provinzen konzentriert. Im September 1899 referierte Reismann-Grone seine Position in der »Polenfrage« auf dem Verbandstag des Alldeutschen Verbandes. Anders als Dix stellte er weder dort noch in den bis dahin erschienenen Artikeln eine Verbindung zwischen den nationalpolnischen Strategien im Osten und im Westen her.⁹⁷

95 Dix: Slaventum, S. 598.

96 Murzynowska: Erwerbsauswanderer, S. 149; Kleßmann: Bergarbeiter, S. 63 f.

97 Zu Reismann-Grone s. Stefan Frech: Wegbereiter Hitlers? Theodor Reismann-Grone. Ein völkischer Nationalist (1863–1949), Paderborn u. a. 2009, S. 83–103, der allerdings die antipolnische Agitation nur cursorisch thematisiert. Theodor Reismann-Grone: Die Slawische Gefahr in der Ostmark. Vortrag, gehalten auf dem Alldeutschen Verbandstage zu Hamburg, München 1899. Eine deutsche Tageszeitung warnt vor dem staatsgefährdenden Charakter der polnischen Kolonien im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Essen, 30.3.1899, in: Hans Jürgen Brandt (Hg.): Die Polen und die Kirche im Ruhrgebiet, 1871–1919. Ausgewählte Dokumente zur pastoral und kirchlichen Integration sprachlicher Minderheiten im deutschen Kaiserreich, Münster 1987, S. 146–149.

In der öffentlichen Wahrnehmung war die »Polenfrage« Teil einer multiplen Bedrohung der Gesellschaft des Kaiserreichs, die nicht zuletzt den Kaiser selbst bewegte. Wilhelm II. hatte in seinem »Kampf gegen den Umsturz« die sogenannte Zuchthausvorlage angeregt, ein Gesetz, mit dem Streikende wesentlich härter bestraft werden sollten, wenn sie Arbeitswillige angingen oder zum Beitritt in eine Gewerkschaft zwangen. Anfang Juni 1899 kam es deshalb zu großen Protestversammlungen in Berlin und Hamburg. Es war wenig verwunderlich, dass diese Unruhe auch auf das Industriegebiet übergriff. Am Freitag, den 23. Juni 1899, weigerte sich eine Gruppe von 69 Schleppern und Pferdejungen, auf der Zeche von der Heydt in Herne einzufahren. Sie verlangten eine Kompensation für die kurz zuvor erhöhten Beiträge zur knappschaftlichen Rentenversicherung und fuhren auch am kommenden Tag nicht ein. Mehr noch, erstmals seit 1893 schlossen sich Bergleute auf anderen Zechen in Herne dem Streik an. Spätestens jetzt wurde klar, dass mehr drohte als ein aus jugendlichem Übermut angezettelter Ausstand. Ziemlich genau zehn Jahre später drohte eine Wiederholung der Ereignisse von 1889, als aus einem ähnlich kleinen Anlass der bis dahin größte Streik von Bergarbeitern im Ruhrgebiet entstanden war.⁹⁸

Der Streik vom Juni 1899, vor allem aber der Umgang mit ihm, formte die Erfahrung, die in die Sitzung über die Schaffung eines gemeinsamen »Verbandes« im Dezember 1899 einging. Hier entstanden die Skizzen über eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Regierungsbehörden, Kommunen und Unternehmen, hier wurden aber auch Überlegungen formuliert, wie das weiterwachsende Industriegebiet beherrscht werden könne, wer daran beteiligt und vor allem, wer daran nicht beteiligt sein sollte. Zwar dauerte der Streik von 1899 nur knapp zehn Tage – vom 23. Juni bis Anfang Juli 1899 – und erfasste dabei nur Zechen in oder bei Herne mit insgesamt höchstens 7.000 Streikenden. Gerade weil es aber – wider Erwarten – gelang, die Entstehung eines Streiks abzuwenden, der das ganze Industriegebiet lahmlegte, eröffnete der Streik von 1899 neue Handlungsoptionen für Behörden und Unternehmen. Die Lehren des Bergarbeiterstreiks von 1899 gingen direkt in die Konzeption der Emschergenossenschaft als neue Institution zur Herrschaftsgestaltung im Industriegebiet ein und sie drehten sich um die Erfahrung, wie mit den zahlreichen Polen unter den Bergarbeitern umgegangen werden konnte.

An sich ist die Geschichte des Streiks schnell erzählt: Nach der Ausbreitung der Bewegung am Samstag, den 24. Juni, berief der erwähnte polnisch-sozialdemokratische Verein »Morgenröte« für Sonntagmittag am 25. Juni eine Volksversammlung in einem der großen Vereinslokale in Herne ein. Zweck dieser Veranstaltung war es wohl, dass die polnische Vereinsführung und auch ein Vertreter des sogenannten Alten Verbandes, des sozialdemokratischen »Verbands deutscher Bergarbeiter«, auftraten, um die Streikenden zur Aufgabe zu überreden; es erschienen aber 500 Personen, sodass der Saal wegen Überfüllung von der Polizei geräumt wurde, noch ehe jemand das Wort ergriffen hatte. Weitere Versuche, die Streikenden zu einer zentralen Versammlung zusammenzurufen,

98 Zum Streik von 1899 s. insbesondere Klaus Tenfelde: Die »Krawalle von Herne« im Jahre 1899, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 15, 1979, S. 71–104; John Kulczycki: The Foreign Worker and the German Labor Movement. Xenophobia and Solidarity in the Coal Fields of the Ruhr, 1871–1914, Oxford, Providence, 1994, S. 105–153.

scheiterten in den folgenden Tagen.⁹⁹ Stattdessen gab es nach der Räumung des Lokals am Sonntag die ersten Unruhen, bei denen die Gendarmen am Ende mit flachem Säbel – also unter Vermeidung schwerer Verletzungen – gegen die Menge vorgingen. Am Montag und Dienstag breitete sich die Streikbewegung jedoch weiter aus und eskalierte, als die Polizei zwei verhaftete Bergarbeiter zum Polizeigefängnis in Herne überführen wollte. Es sammelte sich eine Menge, die so bedrohlich war, dass die Gendarmen zu ihren Gewehren griffen. 15 Personen wurden verletzt, drei davon starben. Am Abend des 27. Juni telegraphierte der Bochumer Landrat dem Oberpräsidenten, dass wegen der Unterlegenheit und der Erschöpfung der Gendarmen ein Militäreinsatz notwendig sei. Eine eilig in Herne zusammengerufene hochrangige Versammlung mit den Regierungspräsidenten von Arnberg und Münster, den betroffenen Landräten und Bürgermeistern sowie Vertretern der Zechengesellschaften unter Leitung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen entschied am Mittag des 28. Juni, Militär anzufordern. Oberpräsident Studt bat den in Kiel weilenden Wilhelm II. persönlich um die Mobilisierung von Truppen in der Region. Um kurz nach 11 Uhr am Abend telegraphierte der Kaiser seine Zustimmung. Knapp 24 Stunden später trafen die ersten Einheiten von schließlich mehr als 2.000 Soldaten in Herne ein. Der Streik versiegte rasch.

Die demonstrative Bitte an den Kaiser machte sich gut in den Biografien der beteiligten Beamten. Oberpräsident Studt wurde wegen seines energischen Eintretens für Recht und Ordnung bald nach dem Ende des Streiks zum preußischen Kultusminister – Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten – berufen und schließlich sogar geadelt. Auch die anderen Beamten und Gendarmen erhielten wegen der erfolgreichen Abwehr Orden, darunter auch der Bochumer Landrat Spude und der Herner Bürgermeister Schäfer. Gleichwohl verband sich mit dem Ruf nach Militär auch das Eingeständnis, mit den eigenen Mitteln am Ende zu sein, und deshalb war er umstritten: »Wenn Militär kommt, so hat der jüngste Leutnant mehr zu sagen wie wir«, habe der Bochumer Landrat eingewandt und daher das Drängen der Zechen auf Soldaten zunächst ebenso abgelehnt wie der Arnberger Regierungspräsident.¹⁰⁰ Wie weitgehend die zivile Verwaltung entmachtet war, hielt sich das Militär vor Ort auf, zeigte sich, als der Streik kurzzeitig auf Recklinghausen überzugreifen drohte: Die betroffenen Zechen riefen die Offiziere in Herne an, ohne den zuständigen Landrat (im Regierungsbezirk Münster) auch nur zu informieren.¹⁰¹ Der Streik legte daher Defizite der kommunalen und regionalen Verwaltung angesichts eines Aufruhrs eines großen Teils der ansässigen, aber überwiegend polnischen Bevölkerung offen – und darum ging es implizit bei den Diskussionen über die Lehren des Streiks: Letztlich musste verhandelt werden, wie ein solcher Aufstand in Zukunft verhindert und vor allem wie er ohne Militäreinsatz im Zaum gehalten werden könnte.

99 Kulczycki: *Foreign Worker*, S. 113–116; *Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung*, Nr. 25, 1.7.1899.

100 *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, Nr. 889, 25.11.1899; Kurze Darstellung des Hergangs der am Mittwoch, den 28.6.1899, im Magistratsgebäude zu Herne abgehaltenen Besprechung, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen (LAV NRW W), Münster, Ko01/2847, Bd. 6, Bl. 175.

101 Ralph Jessen: *Polizei im Industrieviertel. Modernisierung und Herrschaftspraxis im westfälischen Ruhrgebiet 1848–1914*, Göttingen 1991, S. 133.

Das Versagen der Behörden ließ sich am ehesten am Bochumer Landrat *Carl Spude* demonstrieren. 1852 im östlichen Brandenburg jenseits der Oder geboren, Jurist, war Spude seit 1887 Landrat des Kreises Bochum. Er war schon mehrfach wegen seiner kleintlichen Amtsführung, aber auch wegen seiner überheblichen Art aufgefallen, die sich bevorzugt gegen Katholiken richtete. 1896 hatte er ein Disziplinarverfahren gegen einen Amtmann eingeleitet, weil dieser an der Glaubwürdigkeit von Spudes Ehefrau gezweifelt hatte; 1898 musste sich die Regierung in Arnberg erneut mit dem Landrat beschäftigen, weil er einen Flugblattverteiler der Zentrumsparterie beleidigt und angegriffen hatte.¹⁰² Während des Streiks fiel Spude hauptsächlich durch seine Neigung zur Hysterie, aber auch sein unbedachtes Handeln auf: Er hatte zwar direkt nach Beginn des Streiks etwa 30 Gendarmen aus den umliegenden Kreisen zusammengezogen, gab sich aber keine Mühe, die Lage in Herne zu beruhigen. Im Gegenteil, am 27. Juni ließ Spude eine Bekanntmachung aushängen, die in einem herablassenden und beleidigenden Ton gegen die Streikenden, deren Ehefrauen, aber auch die Arbeitswilligen verfasst war. Sie dürfte nicht wenig zur Empörung der Streikenden beigetragen haben.¹⁰³ Wenngleich dem Landrat sogar vom Oberpräsidenten attestiert wurde, »bei Tag und Nacht an Ort und Stelle thätig und bemüht gewesen zu sein«,¹⁰⁴ stellte sich später heraus, dass er seine Gendarmen während der Ausschreitungen am 27. Juni im Stich gelassen hatte und nach Bochum zurückgekehrt war. Möglicherweise war das der Grund, warum Spude trotz der Auszeichnung mit dem Roten Adlerorden IV. Klasse sein Amt als Landrat gegen einen Posten in der Regierung von Arnberg eintauschen musste.¹⁰⁵

Es war vor allem ein Anliegen der Rheinisch-Westfälischen Zeitung nachzuweisen, dass der Streik in Herne die Unfähigkeit der kommunalen und Regierungsbehörden offenlegte. Theodor Reismann-Grone hatte in den ersten Tagen noch Urlaub gemacht, weshalb der Ton der RWZ zunächst noch ungewöhnlich gemäßigt war. Das änderte sich, als er am 28. Juni in Herne auftauchte, in die Unruhen hineingeriet und kurzzeitig verhaftet wurde. Am folgenden Tag erschien ein Artikel, der nicht nur von zahlreichen anderen Blättern übernommen wurde, sondern auch den Regierungspräsidenten von Arnberg zu einer Beleidigungsklage veranlasste. Der Prozess über diese Klage, der im Dezember 1899 mit einer Geldstrafe für Reismann-Grone endete, gab der Zeitung allerdings erst recht die Gelegenheit, über mehrere Tage hinweg Polemiken gegen die Regierung im Industriebezirk zu veröffentlichen. Im ursprünglichen Artikel wurde vor allem die verspätete Entscheidung für den Militäreinsatz beklagt; auf diese Weise habe sich nämlich das peinliche Katz- und Maus-Spiel fortgesetzt, das sich die Gendarmen mit den Streikposten lieferten – zulasten der Bergleute, die weiter arbeiten wollten und wegen

102 Zu den Vorgängen s. die Personalakte Spudes, LAV NRW W, R001/16362, sowie die Akte des Oberpräsidenten zum Landkreis Bochum, LAV NRW W, K001/6209, darin bes. Regierungspräsident Arnberg an Oberpräsident, betr. Beschwerde des Landraths Spude über den Amtmann Höltje in Bochum, 20.4.1896.

103 Kulczycki: *Foreign Worker*, S. 125.

104 Oberpräsident an Minister des Innern, 1.7.1899, LAV NRW W, K001/2847, Bd. 6, Bl. 103.

105 Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 889, 25.11.1899; Regierungspräsident Winzer an den Minister des Innern, betr. die Beförderung von Landräthen, 28.11.1899, LAV NRW W, R001/16362; Regierungspräsident Winzer an den Minister des Innern, 12.4.1900, LAV NRW W, K001/6209, Bl. 34 f.

der überforderten Kommunal- und Polizeiverwaltung nicht zuverlässig geschützt wurden: »Es ist schon gut, dass die Bevölkerung aus der Herrschaft unfähiger Gendarmen und Polizisten herauskommt, denn Landräte und Bürgermeister sind nicht zu sehen«,¹⁰⁶ hieß es in der RWZ. Im Dezember hingegen nahm die RWZ die anachronistische Aufteilung des Industriebezirks in zwei Provinzen und drei Regierungsbezirke aufs Korn: »Die ›Perle des Sauerlands‹ ist ja ein bevorzugter Platz für Überanstrengte aus dem Industriebezirk, [...] allein, dass diese Idylle der richtige Ort sei für den Sitz des Industrie-Regierungspräsidiums, wird von allen Sachkennern entschieden bestritten. [...] Will man nicht das Präsidium von Arnsberg verlegen, so ist es zweckmäßig, eine neue Regierung für den Industriebezirk zu schaffen.«¹⁰⁷ Das war noch kein umfassendes Programm für eine Reform des Industriebezirks, hatte als Einwand aber einen durchaus grundsätzlichen Charakter.

Die Regierungsbehörden waren allerdings nicht nur schnell beleidigt, sondern spielten den schwarzen Peter gleich weiter: Ganz abgesehen davon, dass die Gendarmen und Beamten ihre Aufgabe vortrefflich gelöst hätten – das zeigten ja die Orden und Belobigungen, mit denen sie förmlich überschüttet wurden – sei der ganze Ärger doch den Zechengesellschaften anzulasten, schrieb der Arnsberger Regierungspräsident:

»Als die allerbedenklichste der bei dem Ausstande zu Tage getretenen Erscheinungen bleibt die Tatsache, dass sich im hiesigen Kohlenrevier – und in dieser Beziehung fällt die Schuld nicht zum geringsten Theil auf die betreffenden Zechenverwaltungen – durch die massenhafte Heranziehung von Polen ein Staat im Staate eingenistet hat, der eine stete Gefahr für die öffentliche Ordnung bilden wird. Ist es diesem fremden Elemente zu allermeist mit zuzuschreiben, dass dem hiesigen Bergmannsstande die Zierde seines Standes- und Pflichtbewusstseins zum großen Theile abhanden gekommen ist, so wird es seine zersetzende Wirkung in wachsendem Masse weiter ausüben, wenn nicht der weiteren Einwanderung ein machtvolleres Halt entgegengesetzt werden kann.«¹⁰⁸

Das war ein nicht weniger grundsätzlicher Vorschlag als die Gründung eines eigenen Regierungsbezirks für das Industriegebiet: Wenn keine Polen aus dem Osten mehr einwanderten, verhiess das nicht nur ein Ende der Streikgefahr, sondern bedeutete die Lösung einer ganzen Reihe von Sorgen, die gerade die Gemeinden im Emschertal drückten, die teuren Schulen, weil die Polen so viel Kinder bekamen, die beengten und unhygienischen Wohnquartiere, und nicht zuletzt die ungelöste, aber fast am meisten kritische Frage, wo sie das Wasser herholen und wie sie es wieder loswerden konnten – wenn das Wachstum der Bevölkerung beschränkt wurde, dann war es viel einfacher, sich über Ruhr und Emscher, die Berne und die anderen Bäche zu einigen. Das alles war es wert, auch wenn das Tempo der industriellen Entwicklung wegen Arbeitermangels vielleicht gedrosselt werden müsste.

106 Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 484, 29.6.1899.

107 Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 916, 5.12.1899.

108 Regierungspräsident Arnsberg, Zusammenfassender Bericht der Ereignisse im Herner Bergarbeiterausstande, 17.7.1899, LAV NRW W, K001/2847c, Bl. 11.

Ein Ende der Zuwanderung lag durchaus nicht nur im Interesse der Regierungsbehörden, sondern auch der organisierten Bergarbeiterschaft. Die Überlegung, der Streik untergrabe die Ehrbegriffe des Bergmannsstandes, durchzog die Äußerungen der führenden Gewerkschafter. Allein weil Schlepper und Pferdejungen einen Streik anzettelten, ohne die Gewerkschaften zu fragen, aber auch, weil sie den Streik nicht einstellten, als ihnen nachgewiesen wurde, dass sie ihre Ziele nicht erreichen würden und schließlich, weil sie sich nicht organisieren ließen und Arbeitswillige bedrohten, hielten der Alte Verband aber auch der christliche Bergarbeiterverband eine demonstrative Distanz zum Streik, machten keine Anstalten sich zu solidarisieren, sondern verurteilten ihn scharf.¹⁰⁹ Und diese Kritik machten die Organisationen der deutschen Bergarbeiter in erster Linie daran fest, dass die wild Streikenden in der Mehrheit Polnisch sprachen und aus den östlichen Provinzen stammten.

Die Gewerkschaften hatten zwar auch die Sorge, dass der Streik zugunsten der Zuchthausvorlage wirken würde, zumal die Arbeitswilligen in Herne schlimmer als je zuvor bedrängt wurden. Doch erklärt das nicht die Schärfe, mit der sich gerade auch deren Führungen gegen die Polen wandten. *August Brust*, der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes (Gewerkverein), erklärte auf einer Versammlung am 30. Juni, dass »die Ausständigen als Polen doch eigentlich den Namen der Bergleute« nicht verdienten und der Verband sich ihnen allein deshalb nicht anschließen könne, während *Otto Hué*, der »eigentliche Führer« des Alten Verbandes,¹¹⁰ in einem Artikel in der Zeitschrift »Die neue Zeit« der Sozialdemokratie davon ausging, dass die Polnisch sprechenden Bergarbeiter in Herne aus den »kulturell am tiefsten stehenden Bezirken Deutschlands« stammten und von den Unternehmern bewusst eingesetzt würden, um den »rheinisch-westfälischen Bergmann« in einer »Hochfluth von Rückständigkeit« niederzuzwingen. Eigentlich seien die Erfolge der Gewerkschaften der Grund gewesen, Polen zu rekrutieren, die in Zechenkolonien – »Brutstätten kriechender Demuth« – isoliert würden und auf diese Weise zu einer »Phalanx« gegen »die Bestrebungen der organisierten Arbeiter« geformt würden. Die Eskalation sei entsprechend allein darauf zurückzuführen, dass die Arbeiterschaft in den nördlichen Revieren, in denen sich in Gelsenkirchen, Herne, Wanne »polnische Konklaven im deutschen Gebiet« gebildet hätten, gegen die Gewerkschaften abgeschirmt würden und deshalb wegen eines törichten Anlasses in den Ausstand gegangen seien.¹¹¹

Anklänge eines proletarischen Internationalismus waren in den Äußerungen der Gewerkschaften nur selten zu finden. Die Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung (des Alten Verbandes) stellte in einer zusammenfassenden Bewertung des Streiks zwar fett fest: »Die polnischen Proletarier sind unsere Brüder!!!« und kündigte an, dass den verhafteten Bergleuten Rechtsanwälte an die Seite gestellt würden. Das Verbandsorgan, von

109 Vor allem Kulczycki hat herausgestellt, dass diese Haltung auch auf Tenfeldes Analyse des Streiks übergegriffen hat und der wichtigste Grund ist, warum der Streik von 1899 nicht seinen Platz in der Geschichte des Ruhrkohlenbergbaus hat, der ihm zukommt. Kulczycki: *Foreign Worker*, S. 105 f.; vgl. Tenfelde: »Krawalle von Herne«.

110 Helga Grebing: Art. Hue, Otto, in: *NDB* 9 (1972), S. 710.

111 Regierungspräsident Arnsberg, Zusammenfassender Bericht der Ereignisse im Herner Bergarbeiterausstande, 17.7. 1899, LAV NRW W, K001/2847c, Bl. 7; Otto Hué: Die Krawalle von Herne, in: *Die neue Zeit* 17:2, 1898/99, S. 534–540.

Hués Deutung inspiriert, behielt jedoch auch dessen herablassenden Ton gegen die polnischen »Kinder« bei, »geistig gebrochen in immerwährender Knechtschaft«. ¹¹² Es gab deshalb bei der Bewertung der streikenden Polen allenfalls marginale Unterschiede zwischen den gewerkschaftlichen Blättern und der RWZ; tatsächlich schoben die Gewerkschaftszeitungen schon den »polnischen« Charakter des Streiks in den Vordergrund, als die Deutung in den bürgerlichen Blättern noch schwankte. Als Reismann-Grone am 29. Juni über seine Erlebnisse in Herne berichtete, das Versagen der Polizei anprangerte, aber den Streik auch rundheraus als nationalpolnisch initiiert bezeichnete, traf er damit so sehr den Nerv der Sozialdemokraten und Gewerkschaften, dass der Vorwärts – das Zentralorgan der SPD – seinen Artikel über »Die Unruhen der polnischen Bergarbeiter im Herner Kohlenrevier« am 30. Juni 1899 in voller Länge abdruckte – allenfalls formal distanziert kommentierend: »Mit den Redensarten der ›Rh.-W. Ztg.« wollen wir uns keineswegs identifizieren. Wir weisen aber darauf hin, dass das polnische Element im Ruhrrevier von den Kohlenbaronen zur Lohndrückerei herangezogen worden ist und dass die deutschen Arbeiter unter der Konkurrenz dieser bedürfnislosen, rohen und unwissenden Elemente seit langem schwer zu leiden haben. Alle Versuche, sie zu organisieren und zu klassenbewussten Arbeitern zu erziehen, sind bisher an ihrer Indolenz und Unwissenheit gescheitert.« Es war wenig verwunderlich, dass die sozialdemokratischen Blätter die Überlegung vollkommen teilten, die Einwanderung in den Raum zwischen Ruhr und Emscher zu bremsen, auch wenn die Industrie als Folge gedrosselt werden musste. In einem Artikel Ende Juli 1899 über die Strafverfahren gegen die Teilnehmer des Streiks griff die Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung (»sozialdemokratisches Organ für den westfälischen Industriebezirk«) die Überlegungen von Arthur Dix auf, dessen Credo es war, die polnische Wanderung in den Westen könne nur durch eine Lenkung von Investitionen in den Osten – für die industrielle Entwicklung, aber auch für bessere Schulen – gebremst werden. ¹¹³

Welche Lehren aus dem Streik im Sommer des Jahres gezogen werden konnten, war ganz sicher eine Frage, die die Vertreter aus Industrie, Regierung und Kommunen bewegte, als sie am 14. Dezember 1899 im Ständehaus zu Bochum zusammenkamen. Durch den Prozess gegen Reismann-Grone waren die verschiedenen Optionen und auch die Alternativen noch einmal ins Gedächtnis gerufen worden, die sich in der Sattelzeit der Ruhrgebietsgeschichte stellten, ehe der Bergbau mit Macht in Richtung der Lippe vorstrebte. Es ging nicht nur um Wasser und Hygiene, sondern mit der Frage nach der Organisation der Abwasserwirtschaft verbanden sich grundlegende Konzepte für die Zukunft des Industriereviers. Allerdings zeigte dieses kleine Industriebezirksparlament im Ständehaus, selbstredend unter Ausschluss der Arbeiterschaft, dass die Beteiligten durchaus gewillt waren zu lernen, denn diese Form der Zusammenkunft von Regierung und Industrie war schon im Sommer auf dem Höhepunkt des Streiks gleich zweimal und einmal sogar am gleichen Ort erprobt worden und hatte sich offenbar bewährt. ¹¹⁴ Und es zeichneten sich zu dieser Zeit auch schon Überlegungen ab, wie kleinere Korrekturen

112 Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung, Nr. 25, 1.7.1899.

113 Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung, Nr. 173, 27.7.1899.

114 Die Protokolle der Sitzungen am 28.6.1899 in Herne und am 4.7.1899 in Bochum, LAV NRW W, K001/2847, Bd. 6, Bl. 172–176 u. Bl. 233–238.

an der Verwaltungsstruktur des Industriegebiets vorgenommen werden könnten – beispielsweise durch eine Stärkung der Landräte.

Das Ausscheiden des Bochumer Landrats Spude aus seinem Amt gab dem Arnberger Regierungspräsidenten Winzer bereits die Möglichkeit, durch die sorgfältige Auswahl eines Kandidaten eine gewisse Wende in der Verwaltung eines der wichtigsten Landkreise des Industriebezirks einzuleiten, aber auch zu beweisen, dass das von Arnberg aus dirigiert werden konnte:

»Unzweifelhaft erscheint, dass die Verwaltung des Landkreises Bochum mit seiner hoch entwickelten, in stetiger Erweiterung begriffenen Industrie und seiner rapide anwachsenden, dazu noch konfessionell gemischten Bevölkerung schon unter gewöhnlichen Verhältnissen eine besonders tüchtige Kraft erfordert. In außerordentlichem Maße steigern sich aber die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der leitenden Beamten, wenn Zeiten der Unruhe oder der wirtschaftlichen Bedrängnis eintreten, wie es während des letzten Jahrzehnts in Folge der Ausstandsbewegungen der Bergarbeiter wiederholt der Fall gewesen ist.«¹¹⁵

Glücklicherweise war Winzer in der Lage, einen Kandidaten zu präsentieren, der mit 36 Jahren zwar nicht über die mehrjährige Erfahrung in der Landkreisverwaltung verfügte, die für den Posten eigentlich nötig gewesen wäre, dafür aber aus dem Westen stammte und durch seine Tätigkeit als Assessor am Dortmunder Gewerbegericht mit der Schwerindustrie und dem Kohlenbergbau vertraut war, *Karl Gerstein*. Das Besondere an der Berufung Gersteins, der als Assessor im Regierungspräsidium in Arnberg schon an den Verhandlungen am 14. Dezember 1899 teilgenommen hatte, war allerdings nicht bloß dessen Energie und Tüchtigkeit, sondern, dass mit seiner Berufung die Reform der Polizei im Industriebezirk Fahrt aufnahm. Eine Konferenz des Preußischen Innenministers mit den regionalen Behörden in Dortmund hatte im August 1899 unter dem Eindruck des Streiks in Herne »Grundsätze [...] über die Regelung des Polizei- und Gendarmeriewesens in den industriellen Bezirken« verabschiedet, die in den kommenden Jahren durchgesetzt wurden: eine größere Polizeidichte, eine bessere Ausbildung und Auswahl sowie eine höhere Besoldung der Beamten – vor allem aber ein stärkerer Zugriff des preußischen Staates auf die Polizei, die eigentlich eine kommunale Aufgabe war.¹¹⁶

Die Verstaatlichung der Polizei hatte den Zweck, bei künftigen Ausständen möglichst auf den Einsatz von Militär verzichten zu können – was während des großen Streiks 1905 auch gelang –, zudem aber der Entstaatlichung durch die Auskreisungen und Eingemeindungen entgegenzuwirken. Je weiter sich das Industrieviertel in zwei Ketten von Städten am Hellweg und im Emschertal konsolidierte, die die verbliebenen Landgemeinden absorbierten, desto mehr wurde das Amt des Landrats zurückgedrängt. Da er jedoch den ungeschmälernten Willen der preußischen Regierung repräsentierte, während die Oberbürgermeister auch ihren Wählern und den einflussreichsten Unternehmen verpflichtet waren, konnte durch die Konzentration der Polizeigewalt in der Hand der Landräte die Präsenz des preußischen Staates erhalten werden. Das war der Zweck der Er-

115 Regierungspräsident Arnberg an Minister des Innern, betr. Landratsamt im Landkreise Bochum, 12.4.1900, LAV NRW W, K001/6209.

116 Jessen: Polizei, S. 87–91.

richtung von königlichen Polizeidirektionen in Bochum, Essen und Gelsenkirchen, zu deren Präsidenten die Landräte ernannt wurden, als erste 1909 Karl Gerstein und der Gelsenkirchener Landrat *Alfred zur Nieden*. Es war eine Bevormundung der Städte und konnte deshalb erst nach langen Verhandlungen durchgesetzt werden; im Ergebnis waren die Landräte aber erneut »Schlüsselfiguren der Staatsverwaltung im Industriegebiet«. ¹¹⁷

Gerstein begründete seine herausgehobene Position als Landrat und königlicher Polizeipräsident seither stets mit den besonders schwierigen politischen Verhältnissen in seiner Reichweite, namentlich der großen Zahl von Bergleuten polnischer Herkunft; so 1911, als er einen Nachtrag zum Etat anmeldete, der teils von den Städten aufgebracht werden musste:

»Der Polizei-Direktions-Bezirk Bochum bildet kein geschlossenes Ganzes. Die Städte Bochum und Herne sind vielmehr umgeben von einer großen Anzahl stark bevölkerter Landgemeinden mit Industrie- und Bergarbeiterbevölkerung. Für diese und einige in der Nähe liegenden kleineren Städte ist die Stadt Bochum der wirtschaftliche und politische Mittelpunkt. [...] In den großen Sälen der Stadt werden die unpolitischen und politischen Versammlungen abgehalten, die massenhaft aus der Umgebung besucht werden. Bochum ist die Centrale der gesamten Polenbewegung der westlichen Monarchie.« ¹¹⁸

Als Gerstein 1900 zum Landrat berufen wurde, stand allerdings immer noch eine Entscheidung darüber aus, welcher Kurs in der Entwicklung des Industriebezirks überhaupt eingeschlagen werden sollte, denn nach dem Streik von 1899 wurden antagonistische Positionen vertreten: Hier die Zechengesellschaften und Unternehmen, die nach weiteren Arbeitern schrien, dort die Regierungsbehörden, Landräte und Städte, die für eine Verlangsamung der Zuwanderung waren, weil sie die Kosten für die Belastungen zu tragen hatten, die im Schulwesen, aber auch in der Daseinsfürsorge im weiteren Sinne entstanden, nicht zuletzt bei der Frage wie Wasser herbeigeschafft und wie Abwasser abgeleitet werden könnte. Und auf diesem Antagonismus beruhte die bemerkenswerteste Lehre des Streiks in Herne, dass die deutsche Gewerkschaftsbewegung in einer unausgesprochenen Koalition mit denen stand, die ein Ende der Zuwanderung forderten, selbst wenn dadurch die industrielle Entwicklung gebremst werden würde. Der Widerspruch zwischen den verschiedenen Positionen entspannte sich nach dem Ende des Streiks nicht, im Gegenteil. Während der Oberpräsident in seinem zusammenfassenden Bericht im Oktober 1899 über die Ereignisse in Herne den Zechengesellschaften »Skrupellosigkeit« bei der Rekrutierung ihrer Arbeiter vorwarf, wurde in einer Sitzung des Bergbauvereins, die am 8. Juli in Dortmund stattfand, mit keinem Wort erwähnt, dass die Mehrheit der Streikenden Polen gewesen waren – die Unternehmer weigerten sich, das überhaupt als Problem wahrzunehmen. ¹¹⁹ Unterdessen gingen Berichte ein, dass die Einwanderung

117 Ebd., S. 97–99, Zit. S. 99; Vonde: Revier der großen Dörfer, S. 170–174.

118 Königliche Polizei-Direktion Bochum, Anmeldung von Mehrforderungen zum Etat für das Etatjahr 1912, 18.4.1911, Stadtarchiv Herne, V/3021, Bd. 2, Bl. 241.

119 Denkschrift über den Arbeiterausstand auf mehreren Steinkohlenbergwerken in der Umgegend von Herne im Sommer 1899, Entwurf Oktober 1899, LAV NRW W, Koo1/2847, Bd. 7, Bl. 155; Steno-

der Polen auch im rheinischen Teil des Industriegebiets überhandnehme: »In einzelnen Ortschaften wie Caternberg, Berge-Borbeck (Kreis Essen) hört man auf den Straßen, in den Wirtschaften und Wartesälen in weit verbreitetem Maße polnisch sprechen«, berichtete der Regierungspräsident in Düsseldorf im Juni 1900 an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz. Die Polen seien im Übrigen »dem Rheinländer« sehr »unsympathisch«, sodass sie die rheinischen Bergleute aus dem Bergmannsberuf verdrängten: »Viele Söhne alter einheimischer Bergleute« hätten »einen anderen Beruf gewählt«, weil sie »ungern mit Polen zusammen« arbeiteten.¹²⁰

Sowohl die Rheinisch-Westfälische Zeitung als auch die Arbeiterpresse agitierten unterdessen weiterhin gegen die polnische Zuwanderung. Im August 1899 veröffentlichte die RWZ einen Artikel unter dem Titel »Einiges vom Polentum im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk« der sich von den anderen abhob, weil darin polnische Geschäfte und Buchhandlungen, aber auch deutsche Geschäfte und Selbstständige mit Namen und Wohnort genannt wurden, die in polnischer Sprache inserierten.¹²¹ Die Bielefelder Volkswacht, das Organ der SPD für Ostwestfalen, fragte hingegen im Juni 1900 unter dem Titel »Ein Hexenkessel«, was denn mit den »Hunderttausenden« geschehen werde, die von den »Versprechungen der industriellen Agenten« gelockt worden seien, wenn eine Krise ausbreche. »Sie sind dann ein gefährliches Werkzeug des Lohndruckes in den Händen des Unternehmertums«.¹²²

Es gab mithin an der Wende zum neuen Jahrhundert etliche Anzeichen, dass die Debatte zwischen den Regierungsbehörden, Landräten, Kommunen und Gewerkschaften auf der einen und den Unternehmen auf der anderen Seite in einen offenen Konflikt münden könnte, sollte sich nicht eine Formel finden, mit der die Sorge um die soziale und politische Stabilität im Raum zwischen Ruhr und Emscher und das wirtschaftliche Interesse an weiteren polnischen Arbeitern vereinbart werden konnten. Diese Formel fand sich dann erstaunlicherweise in einer Publikation des Alldeutschen Verbandes, und ihr Verfechter war niemand anderes als der wichtigste Agitator gegen die Polen im Ruhrgebiet, Theodor Reismann-Grone.¹²³

Unter den Bewertungen des Herner Streiks fand sich eine Überlegung, die das Selbstbild infrage stellte, das sich aus der geradezu hysterischen Polenfurcht ergab. Der Westfälische Merkur, eine dem Zentrum nahestehende Zeitung, stellte in ihrer Gesamtbewertung des Streiks die Fragen, ob die Ausstände der Polen in Herne nicht in Wahrheit »Gelegenheitsstreiche« von »dummen Jungen« gewesen seien, vor allem aber, ob die »Bevölkerungs-Mehrheit« im Industriegebiet nicht »die Kraft hätte, eine solche Einwanderung von 10 oder auch 20 Prozent langsam und sicher zu assimilieren«. Ostmarkenverein und Alldeutscher Verband stellten die deutsche »Nation und Cultur

graphischer Bericht der 41. General-Versammlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen am 8.7.1899, ebd., Bl. 33–37.

120 Regierungspräsident Düsseldorf, betr. Polenbewegung, 29.6.1900, Anlage zu Oberpräsident Rheinprovinz an den Minister des Innern, 7.9.1900, LAV NRW W, K001/2748, Bd. 4, Bl. 12.

121 Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 639, 25.8.1899.

122 Volkswacht, Nr. 106, 8.5.1900.

123 S. dazu Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlen-Bezirk. Mit einem statistischen Anhang, einer Sammlung polnischer Lieder und zwei Karten, hg. v. Gau »Ruhr und Lippe« des Alldeutschen Verbands, München 1901; sowie die nachfolgenden Ausführungen.

als schwächlich, wehr- und lebensunfähig« hin, »indem sie ein so fürchterliches Angstgeschrei wegen der paar Millionen Polen [...] erheben«. ¹²⁴ Das war der wunde Punkt der antipolnischen Agitation: Sie produzierte eine Idee der deutschen Nation, die ihrem kraftstrotzenden Selbstbild am Beginn des neuen Jahrhunderts so gar nicht entsprach.

Der Hinweis auf die unterschätzte Fähigkeit, die Polen im Industriegebiet in das deutsche Volk zu integrieren, war indes nicht neu: Hans Delbrück, der Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, konservativer Historiker und Politiker, Prinzenerzieher und Militärexperte, hatte 1897 in einem weiteren Kommentar zur preußischen Ansiedlungspolitik ein regelrechtes Germanisierungsprojekt beschrieben; illustriert, wie es gehörte, mit einem angemessenen historischen Beispiel:

»Um einen Damm gegen die immer höher steigende polnische Fluth aufzuwerfen, betreibt die preußische Regierung mit Eifer die Verbreitung der deutschen Sprachkenntnisse unter den Polen, siedelt mitten unter ihnen deutsche Bauern an, und wackere Deutsche bemühen sich, den Nationalsinn der dortigen deutschen Bevölkerung zu beleben, damit sie der fortschreitenden Polonisierung besser widerstehe. Andere Mittel, die wohl in alten Zeiten angewandt worden sind, ist man schon zu ängstlich geworden, wieder zu gebrauchen. Karl der Große z.B., indem er fränkische Kolonien in das unterworfenen Sachsen führte, siedelte gleichzeitig massenhaft Sachsen auf fränkisches Gebiet an. Man könnte auch heute Ähnliches erreichen, indem man den Zug polnischer Arbeiter in die westlichen Industriegegenden auf jede Weise beförderte, in der Sicherheit, dass sie dort in ein bis zwei Generationen germanisiert sein werden. Aber ganz im Gegenteil, man kann in unseren Zeitungen warnende Hinweise lesen, daß das Polenthum schon bis nach Westphalen vorgedrungen ist und dort anfängt, eigene Gemeinden zu bilden [...].« ¹²⁵

Das war das Gegenteil der Argumentation von Arthur Dix. Statt einen »Damm« gegen die endlose Flut von Polen zu errichten, die das Industriegebiet zu überschwemmen drohte, wollte Delbrück den Raum zwischen Ruhr und Emscher in eine Germanisierungsmaschine verwandeln, die den Bevölkerungsdruck von den östlichen Provinzen in das Industriegebiet ablenkte und dort eine unerschöpfliche Quelle genügsamer und fleißiger, vor allem aber deutscher Arbeiter schuf.

Es ist nicht zu klären, inwieweit Delbrücks Idee und die Kritik des Westfälischen Merkur Theodor Reismann-Grone anleiteten, als er 1899 bei *Ernst Schaper* und *Oskar Einecker*, zwei jungen Bergassessoren, eine Studie über die Polen im Rheinisch-Westfälischen Steinkohlen-Bezirk in Auftrag gab. Reismann-Grone finanzierte einen Teil der Studie aus eigener Tasche, einzelne Zehengesellschaften gaben nur kleinere Beiträge dazu. Er habe bei verschiedenen Zechen um jeweils 200 bis 300 Mark »gebettelt«, schrieb Schaper an Reismann. Die größte Ausgabe entstand durch eine Auszählung der Polen, die beim Knappschaftsverein in Bochum in Auftrag gegeben wurde und 307 Mark kostete – nicht zu viel für die Riesenarbeit, klagte der Knappschaftssekretär. ¹²⁶ Mit

124 Westfälischer Merkur, Nr. 345, 11.7.1899.

125 Hans Delbrück: Der neue Polenfonds, in: Preußische Jahrbücher 90, 1897, S. 570–578, hier S. 572.

126 Schaper an Reismann-Grone, 24.2.1900; Joest, Knappschaftsverein Bochum, an Schaper, 30.1.1900, Stadtarchiv Essen, 652/29.

diesen Daten konnte ein statistischer Bogen zu der Zählung von Taeglichsbeck von 1893 und den Volkszählungen geschlagen und die Entwicklung der polnischen Wanderung ins Industriegebiet recht gut bewertet werden. Aus der Erhebung ließ sich ablesen, dass Polnisch sprechende Arbeiter in zwei Bergrevieren (Gelsenkirchen und Herne) und auf 19 (von 237) Zechen mehr als 50 Prozent der Belegschaft stellten. Diese Zechen reihten sich nördlich und südlich entlang der Emscher auf, und einen entsprechenden Eindruck machten die Gemeinden, in denen diese Zechen lagen: »Geht man in den Orten Buer, Bruch, Herten, Castrop, Bottrop, Erle, Gladbeck, Borbeck, Schalke, Oberhausen, Stoppenberg, Caternberg, Recklinghausen, Herne, Eickel, Riemke, Wattenscheid, Marten, Crange bei Schichtwechsel [...] durch die Straßen, so schlagen einem nur ganz vereinzelte deutsche Worte ans Ohr [...].«¹²⁷

Der statistischen Analyse waren zwei Texte an die Seite gestellt: Einer resümierte eher knapp die Lage und Entwicklung in den östlichen Provinzen, während auf rund 60 Seiten einiges über die »Polen im Westen« verkündet wurde – darin fand sich auch ein Kapitel über »die Eindeutschung«. Das sollte wohl die wichtigste Innovation des Bandes sein, aber die beiden Bergassessoren waren damit überfordert, der Germanisierung der Polen überhaupt irgendetwas abzugewinnen. Ihr Text rutschte deshalb immer wieder in die antipolnische Agitation ab, die Delbrück so beklagte:

»Es kann, wie gesagt, fraglich erscheinen, ob es wünschenswert ist, dass die deutsche Bevölkerung mit einem so starken Zusatze polnischen Proletariats eine Vermischung eingeht. Nun, die Sache liegt unseres Erachtens einfach so: Die Polen sind einmal im Industriebezirk vorhanden. [...] Unter diesen Umständen ist es doch gewiss trotz aller kulturellen und sozialen Bedenken vorzuziehen, dass sich die Fremden den Bewohnern des Landes assimilieren, als dass sie auf die Dauer im preußischen Staate eine polnische Enklave bilden. [...] Also mindestens die nächsten 50 Jahre wird, wenn nicht ganz besondere Ereignisse eintreten, Rheinland-Westfalen die Geister nicht mehr los werden, die es rief.«¹²⁸

Das war nicht im Sinne der Führung des Alldeutschen Verbandes. *Julius Friedrich Lehmann*, in dessen Verlag die Schrift erscheinen sollte, beklagte die »Stümperhaftigkeit« des »Schaper'sche[n] Polenprogramm[s]«, während *Alfred Hugenberg*, einer der Gründer des Alldeutschen Verbandes, vorschlug, überhaupt nur den statistischen Teil zu veröffentlichen.¹²⁹ Theodor Reismann-Grone, der sich Delbrücks Idee – »dieses kleine Völkchen [...] aufzusaugen«¹³⁰ – zu dieser Zeit auch in öffentlichen Vorträgen zu eigen gemacht hatte, verfasste deshalb ein eigenes Programm zum Umgang mit den Polen an der Emscher, das der Schrift von Schaper und Einecker als »Gutachten« beigegeben wurde, und wenige recht klare Richtlinien enthielt.¹³¹

127 Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlen-Bezirk, S. 54.

128 Ebd., S. 55 f.

129 Hasse an Hugenberg (Durchschlag), 18.8.1900; Hasse an Reismann-Grone, 20.8.1900, Stadtarchiv Essen, 652/29.

130 Regierungspräsident Düsseldorf, betr. Polenbewegung, 29.6.1900, Anlage zu Oberpräsident Rheinprovinz an den Minister des Innern, 7.9.1900, LAV NRW W, K001/2748, Bd. 4, Bl. 16.

131 Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlen-Bezirk, S. IX–XI, danach auch das folgende; vgl. den Entwurf in Stadtarchiv Essen (Nachlass Reismann-Grone), 652/29: Das Gutachten ist in der

Zu erwarten waren die Standardformeln des Alldeutschen Verbandes, die polnische Presse, polnische Agitatoren und Versammlungen, die polnischen Vereine, die polnische Seelsorge und die Verwendung der polnischen Sprache überhaupt nach Kräften zu behindern und zu überwachen. Daneben traten jedoch neue Überlegungen: Die Deutschen dazu zu erziehen, sich nicht abschätzig über die Polen zu äußern und sie wegen ihres Akzents zu verspotten; die Aufnahme der polnischen Einwanderer in Krieger- und Turnvereine »deutscher Gesinnung« zu fördern; die Verdeutschung polnischer Namen zu erleichtern und zu unterstützen. Überhaupt ging Reismann-Grone davon aus, dass die Gefahr einer Polonisierung des Industriebezirks nicht bestehe, dass aber »die *Eindeutschung* [HiO] der Polen sich im Industriebezirk wesentlich rascher vollziehen wird, als im Osten«. Deshalb seien keine Hindernisse gegen die Einwanderung von Polen mit deutscher Staatsbürgerschaft zu errichten – die Einwanderung von Polen aus Russland und Österreich müsse aber stärker als zuvor unterdrückt werden.

Das war eine stärker praxisbezogene Umsetzung der Idee der Germanisierungsmaschine von Delbrück; in einem letzten Punkt nahm Reismann-Grone jedoch eine Idee auf, die er selbst im Herbst 1899 formuliert hatte: »Es erscheint zweckmäßig, dass der *Kohlen- und Eisenbezirk* [HiO], welcher 4/5 aller Polen beherbergt, zu einem Verwaltungsbezirk vereinigt wird, um eine gemeinsame Behandlung der Polen zu erleichtern.« Das war eine Variante seiner Polemik gegen die Schläfrigkeit der Arnberger Bezirksregierung, allerdings mit einem entscheidenden Unterschied. Im Entwurf hatte es tatsächlich noch geheißen, den Kohlen- und Eisenbezirk zu einem »*Regierungsbezirk*« [HiO]¹³² zu vereinigen. Das war offenbar der Versuch, die Germanisierung auch den Regierungspräsidenten schmackhaft zu machen: Reismann-Grone versuchte eine Sonderzone zu definieren, in der die Maßnahmen zur Eindeutschung der polnisch sprechenden Migranten hauptsächlich zu Wirkung kommen sollten, aber nicht gegen die Bezirksregierungen in Rheinland und Westfalen, sondern im Zusammenwirken mit ihnen. Diese Wendung erklärt sich durch die Konturen, die dieser Verwaltungsbezirk in den Statistiken von Schaper und Einecker annahm. Sie hatten in einer etwas gewagten statistischen Operation die Polenanteile aus den Knappschaftsdaten auf die Verwaltungsgrenzen übertragen – und daraus ließ sich klar ablesen, was mit dem Kohlen- und Eisenbezirk, in dem vier Fünftel der Polen lebten, gemeint war. Das waren die Landkreise im Emschertal ohne die bis dahin ausgekreisten Städte: Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und Essen südlich der Emscher, Recklinghausen nördlich davon. In diesen Landkreisen lebten nach der Berechnung der beiden Assessoren 88.066 von 108.566 Polen im Industrievier.¹³³

Es war Reismann-Grone offenbar wichtig, dass dieses Programm möglichst weite Kreise zog und auch bei den zuständigen Bezirksregierungen aufmerksam gelesen wurde. Deshalb verzichtete er darauf, seinen und die Namen der Verfasser im fertigen Werk

Druckfassung ungezeichnet – im Entwurf sollte es den Untertitel »nach den Vorschlägen des Dr. Reismann-Grone« tragen.

- 132 Gutachten des Arbeitsausschusses des alldeutschen Gaues Ruhr und Lippe zur Polenfrage im Industriebezirk (Entwurf), o. D., Stadtarchiv Essen, 652/29.
- 133 Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlen-Bezirk, S. 54. Woher die Angaben zur Bevölkerung der Stadt und Landkreise stammen ist nicht klar – offenbar fehlten aber Daten für den Landkreis Ruhrort.

zu nennen. Immerhin klappte ein ziemlicher Widerspruch zu den antipolnischen Tiraden der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, die mit dem Erscheinen des Bandes zu den »Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlen-Bezirk« keineswegs ein Ende fanden. Die böserartigen Artikel über die polnischen Einwanderer waren offenbar so beliebt, dass darauf wirtschaftlich schlecht verzichtet werden konnte. Vermerkt wurde deshalb nur, dass das Buch vom Gau »Ruhr und Lippe« des Alldeutschen Verbandes herausgegeben sei; Eingeweihten war ohnehin klar, dass Reismann-Grone mit diktatorischen Vollmachten über diesen Regionalverband verfügte.¹³⁴

Die Studie erregte jedenfalls Aufmerksamkeit weit über das vaterländische und alldeutsche Milieu hinaus. Die liberale Frankfurter Zeitung beispielsweise widmete ihrer Besprechung zweimal drei Spalten auf der ersten Seite und rief sich vor allem ungläubig die Augen, dass die Gefahr der Polonisierung im Norden des Industriegebiets nicht stärker herausgestellt wurde: »Aus alledem gewinnt man den Eindruck, dass es den »alldeutschen« Wortführern nicht ernst sein kann mit ihren »Eroberungen für das Deutschtum« [...].«¹³⁵

Reismann-Grones Eindeutschungsformel war eine Lösung des latenten Konflikts über den Fortgang der industriellen Expansion. Da nun darauf verwiesen werden konnte, dass die Eindeutschung der Polen auch bedeutete, dass die Belastung der staatlichen Stellen zeitlich überschaubar blieb, legte sich auch die Empörung über die »skrupellose« Rekrutierungspolitik der Unternehmen. Gleichzeitig konnten mit dem Hinweis auf die nach wie vor drohende Gefahr der Verdrängung der preußischen Behörden aus der regionalen Verwaltung die Stadtrechtsverleihungen unterbunden werden: Die Eindeutschungsformel rechtfertigte dabei eine gewisse Zurückhaltung. Die mit dieser Argumentation agierenden Beamten konnten so darauf verweisen, dass sie bei einer der zentralen Aufgaben der preußischen Monarchie – die Sicherung der östlichen Provinzen gegen die polnische Flut – mitwirkten, was sicher auch karrierefördernd eingesetzt werden konnte.

Als ein direkter Anknüpfungspunkt für das Verwaltungshandeln im Industriegebiet eignete sich die Studie des Alldeutschen Verbandes jedoch nicht: Wenngleich Reismann-Grone allenthalben konkrete gesetzliche Maßnahmen vorschlug, gab es selbst im Kaiserreich keine Möglichkeit, offiziell einen Verwaltungsbezirk innerhalb Deutschlands zu bilden, dessen Bewohner Objekte einer Germanisierungspolitik waren und deshalb geringere Rechte hatten als andere Staatsbürger. Das musste ungeschwellig, begleitet von anderen politischen Maßnahmen, durchgesetzt werden, und es wurde oftmals in Chiffren kommuniziert: Wenn der Arnberger Regierungspräsident Winzer, sei es beim Vorschlag von Karl Gerstein zum Landrat, sei es bei der Sitzung im Ständehaus am 14. Dezember 1899, das Bild der »riesenhaft« wachsenden Bevölkerung zeichnete, war allen Zuhörern klar, dass er in erster Linie die riesenhaft wachsende Polnisch sprechende Bevölkerung meinte, die einen politischen Wandel erzwang. Jedenfalls gibt es etliche Anzeichen dafür, dass die Idee von Delbrück und Reismann-Grone, eine Germanisierungszone im Emschertal einzurichten, schon direkt nach der

134 Frech, Wegbereiter Hitlers?, S. 103.

135 Frankfurter Zeitung, Nr. 234, 24.8.1902. Der zweite Teil des Artikels erschien in Nr. 236, 26.8.1902.

Jahrhundertwende Regierungspolitik wurde und sich so auch in die innere Logik der Emschergenossenschaft eingeschrieben hat.

Ein wichtiges Indiz dafür ist, dass der Oberpräsident der Provinz Westfalen die alldeutsche Studie zum Anlass nahm, seit 1902 jährlich selbst eine Art professionalisierte Variante zu produzieren: eine Erhebung über die Zahl der Polen, in der die polnische Bevölkerung und »ihre Bedeutung auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens« in den betroffenen Regierungsbezirken Münster und Arnberg systematisch ausgemessen wurden.¹³⁶ Diese »Polenzählungen« enthielten nicht nur Angaben zu Geschlecht, Konfession und Beruf, sondern auch etliche weitere Indikatoren, aus denen der Grad der Eindeutschung abgelesen werden konnte: Wie viele polnische Frauen waren mit deutschen Männern, wie viele polnische Männer mit deutschen Frauen verheiratet? Wie viele Polen waren Mitglieder in Kriegervereinen? Gehörten Sie Presbyterien und Kirchengemeinden an? Die Erhebungen ließen auch Bewertungen beispielsweise zu der Frage zu, die die Frankfurter Zeitung umtrieb, ob die Gemeinden im Emschertal die Polen aus dem südlichen Teil des Industriegebiets anzogen usf.

Im Laufe der Zeit wurden die Erhebungsmethoden verfeinert. Im Hinblick auf die Frage, ob es leichter einzudeutschende Gruppen unter den Polen gäbe, hatte schon die alldeutsche Studie die überwiegend evangelischen, Polnisch sprechenden Bergarbeiter aus dem Süden Ostpreußens, die sogenannten Masuren, die deutschfreundlich und königstreu und daher leichter zu assimilieren seien, herausgestellt. Das ließ sich jetzt beispielsweise daran ablesen, dass Masuren viel häufiger Mitglieder in Kriegervereinen waren als katholische Polen, was von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, die regelmäßig Material aus den Erhebungen zugespielt bekam, beifällig kommentiert wurde.¹³⁷ Das führte wiederum dazu, dass Polen und Masuren schließlich ganz getrennt erfasst wurden. Seit 1908 fand die Erhebung auch im Regierungsbezirk Düsseldorf der Rheinprovinz statt, und schließlich wurde die im gleichen Jahr beim Präsidium von Karl Gerstein in Bochum gegründete Polenüberwachungsstelle mit der Federführung in der sogenannten Polenstatistik insgesamt beauftragt, die somit eine der ersten Institutionen war, die das gesamte Industriegebiet über die Grenzen der Provinzen hinweg erfasste.¹³⁸

Nicht zuletzt aus der Polenstatistik ließ sich ablesen, dass die Germanisierungszone überwiegend nördlich der Emscher liegen würde. Hier erstreckte sich der Landkreis Recklinghausen, im Prinzip Nachfolger des Vests, eines Territoriums des Erzbistums Köln und deshalb größtenteils katholisch. Der Landkreis wurde seit den 1870er Jahren vom Bergbau aufgeschlossen, zur Jahrhundertwende war aber absehbar, dass die neuen Zechen überwiegend dort abgeteuft würden – es sollten über hundert neue Schächte

136 Oberpräsident Westfalen an Regierungspräsident Münster, 25.2.1902, LAV NRW W, K001/6037, Bl. 1. Die Ergebnisse der Erhebungen 1902, 1904 und 1906 finden sich in diesem Aktenband, die Erhebungen 1908 und 1910 (einschließlich der Daten aus der Rheinprovinz) in LAV NRW W, K001/6351. Die Erhebung 1912 wurde wegen des erheblichen Aufwands zunächst um ein Jahr verschoben, fand dann aber offenbar nicht mehr statt: Regierungspräsident Arnberg an Oberpräsident, betr. Polenstatistik, 11.2.1912, LAV NRW W, K001/6351, Bl. 358 f.

137 Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 805, 27.9.1903.

138 Regierungspräsident Arnberg an Oberpräsident, betr. Polenstatistik, 11.2.1912, LAV NRW W, K001/6351, Bl. 358 f.

bis 1914 werden. Gleichzeitig erleichterte die flächendeckende katholische Seelsorge die Ansiedlung von polnischen Bergarbeitern. Der Streik 1899 hatte durchaus auf den Landkreis übergegriffen: Die Gemeinde Bruch, nördlich der Emscher, zwischen Herne und Recklinghausen gelegen (heute Recklinghausen-Süd), war sogar eines seiner Zentren: »Hier wohnt die rücksichtsloseste und zuchtloseste polnische Bevölkerung«, hatte ein Reporter der Kölnischen Zeitung geschrieben.¹³⁹ Bei der ersten »Polenzählung« 1902 ermittelte der Oberpräsident unter den 154.671 Bewohnern des Landkreises Recklinghausen 32.232 Polen; das war nach der Stadt Gelsenkirchen die höchste Quote in der Provinz.¹⁴⁰

Die Verwaltungsstruktur im Landkreis Recklinghausen unterschied sich deutlich von der südlich der Emscher. Weil die industrielle Entwicklung später eingesetzt hatte, war bis zur Jahrhundertwende keine einzige Stadt neu entstanden – Recklinghausen selbst hatte seit dem Hochmittelalter Stadtrechte und wurde 1901 ausgekreist. Eine tendenzielle Entmachtung der Landräte wie in den südlichen Landkreisen gab es nicht. Im Landkreis Recklinghausen, schon zu dieser Zeit einer der bevölkerungsreichsten der gesamten Monarchie, herrschten der Regierungspräsident von Münster und der Landrat: Seit 1894 war das *Felix Graf von Merveldt*.

Merveldt, 1862 geboren, stammte aus einer der angesehensten (katholischen) Adelsfamilien von Westfalen und legte deshalb Wert darauf, dass er persönlich kaum über Grundbesitz verfügte (und nicht etwa nur die Interessen des grundbesitzenden Adels vertrat). Er galt als fähiger Verwaltungsjurist, sodass er 1913 zum Regierungspräsidenten von Münster ernannt wurde.¹⁴¹ Neben Gerstein sollte er einer der wortmächtigsten Vertreter des preußischen Staates in der Emschergenossenschaft werden; er war aber vor allem damit beschäftigt, seinen riesigen Landkreis unter Kontrolle zu halten – das hieß in erster Linie, die Polen möglichst genau zu beaufsichtigen. Merveldt war dabei so erfolgreich, dass die Zechen mit großer polnischer Belegschaft vermieden, ihm Anzeichen von Streiks zu melden.¹⁴² Kontrolle der Polen hieß aber auch, zu verhindern, dass im Kreis Recklinghausen neue Städte entstanden, die die Ressourcen des Kreises, aber auch dessen Bevölkerung, dem Zugriff der Provinzregierung entwandten. Eine der wichtigsten Ressourcen waren die Bäche, die von Norden in die Emscher mündeten – denn solange das rechte Ufer des Flusses weniger vom Kohlenbergbau besetzt war, verdünnten die zahlreichen Gewässer aus dem Münsterland den Schmutz aus dem Süden. Die Bäche allein waren ein Grund, die Gemeinden im Landkreis Recklinghausen im Griff des Landrats zu halten.

Im Kreis Recklinghausen gab es neben der Kreisstadt, die nach der Volkszählung vom Dezember 1895 20.644 Einwohner hatte, noch eine weitere Stadt, Dorsten (4.234), die auf eine ähnlich lange Tradition zurückblicken konnte. Gleichzeitig gab es nicht weniger als sechs Gemeinden im Kreis, die eine größere Bevölkerung als Dorsten hatten: Horst (5.063), Herten (6.698), Osterfeld (7.424) und Gladbeck (7.827), vor allem aber die

139 Kölnische Zeitung, Nr. 513, 3.7.1899.

140 Zahlenmäßige Angaben über das Polentum in dem Industriegebiet in der Provinz Westfalen, 21.11.1903, LAV NRW W, K001/6037, Bl. 111.

141 Dietrich Wegmann: Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815–1918, Münster 1969, S. 307 f.

142 Landrat Recklinghausen an Regierungspräsident, 3.5.1902, LAV NRW W, K001/2847, Bd. 8, Bl. 95.

beiden Gemeinden, die annähernd so groß waren wie die Kreisstadt selbst: Buer (16.031) und Bottrop (18.015). Hinzu kam noch die Landgemeinde Recklinghausen (8.776), deren Kirchspiele sich halbkreisförmig um die Kreisstadt legten, und die Gemeinden Datteln, Waltrop und Kirchhellen, die nur unwesentlich kleiner als Dorsten waren. Nach der ›Polenzählung‹ von 1902 waren Polen in fünf von diesen Gemeinden »besonders stark vertreten«, machten also nach der Verwaltungsdefinition entweder mehr als ein Fünftel der Bevölkerung aus oder bildeten einen ›Block‹ von mindestens 2.000 Personen. Das waren Recklinghausen-Land, Horst, Herten, Buer und schließlich Bottrop, das wegen der erwähnten Einwanderung von Oberschlesiern seit den 1870er Jahren als Hochburg des Polentums galt. 9.341 Einwohner zählten dazu, die 1902 knapp 36 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Aber auch in Herten und Horst gab es rund 34 Prozent Polen, während Buer (28,6 Prozent) und die Landgemeinde Recklinghausen (14,1 Prozent) weniger belastet schienen.¹⁴³

Die großen Gemeinden des Landkreises Recklinghausen wurden allesamt Städte, aber weit überwiegend erst nach dem Ende des Kaiserreichs. Vor dem Ersten Weltkrieg stellten Buer, Bottrop und Horst Anträge auf Verleihung der Städteordnung, aber allein Buer gelang der Sprung zur Stadtwerdung – im zweiten Anlauf. Diese Konstellation ist umso bemerkenswerter, da die Ablehnungen vom preußischen Innenminister verfügt wurde, und zwar paradoxerweise, bevor die Gemeinden überhaupt einen Antrag auf Stadterhebung gestellt hatten – und in jedem der drei Fälle ging es um die polnische Bevölkerung. Der Ausgangspunkt für den ministeriellen Erlass war tatsächlich die Frage, wie der stetig weiterwachsende Landkreis Recklinghausen dauerhaft unter Kontrolle gehalten werden könnte. Seit Anfang 1905 drängte das preußische Innenministerium auf eine Konzeption für die langfristige Entwicklung, »da bei der raschen Bevölkerungszunahme eine ordnungsgemäße Verwaltung des Kreises auf die Dauer kaum gewährleistet erscheint«.¹⁴⁴ Eine Idee war rasch bei der Hand – die Teilung des Kreises in einen östlichen um die Kreisstadt Recklinghausen und einen westlichen mit der neuen Kreisstadt Dorsten. Nur stellte sich die Frage, ob der neue Kreis Dorsten lebensfähig bleiben würde, wenn die Bergbaugemeinden Bottrop, Osterfeld, Gladbeck, Buer und Horst ausscheiden, neue Städte oder gar Stadtkreise bilden würden. Zwar schätzte das um eine Bewertung der wirtschaftlichen Zukunft gebetene Oberbergamt Dortmund die Aussichten auch eines Restkreises Dorsten nicht ungünstig ein, doch ein letzter Zweifel blieb. Deshalb reiste ein Kommissar des preußischen Innenministers am 24. November 1905 an, um den Kreis Recklinghausen und besonders die Gemeinden Buer und Bottrop an diesem nasskalten Novembertag gemeinsam mit dem Regierungspräsidenten und dem Oberpräsidenten der Provinz in Augenschein zu nehmen. Das Ergebnis der Bereisung war vernichtend. Der Innenminister, seit März 1905 war das *Theobald von Bethmann-Hollweg*, schrieb am 4. Dezember, geradezu entsetzt in seinen Erlass, es erscheine

143 Zahlenmäßige Angaben über das Polentum in dem Industriegebiet in der Provinz Westfalen, 21.11.1903, LAV NRW W, KO01/6037, Bl. 112.

144 Minister des Innern an Oberpräsident, betr. Teilung des Kreises Recklinghausen, 4.12.1905 (Abschrift), Kreisarchiv Recklinghausen (KA Recklinghausen), vorläufige Nr. 382.

»ausgeschlossen, daß für die beiden Landgemeinden Buer und Bottrop in absehbarer Zeit die Verleihung der Städteordnung in Antrag gebracht werden kann. Bei Buer ist für diese Stellungnahme vor allem entscheidend die zerstreute Bauart der Gemeinde, welche aus drei verschiedenen, in großen Zwischenräumen von einander entfernt liegenden Ortschaften besteht. Bei Bottrop kommt noch in Betracht, daß sich die Einwohnerschaft zu einem Drittel aus polnischen Arbeitern zusammensetzt, und daß deshalb die Beibehaltung der intensiveren Aufsicht des Landrats über die Gemeindeverwaltung aus politischen Gründen wünschenswert erscheint.«¹⁴⁵

Der Erlass war derart radikal, dass schlagartig alle Alternativen zum Umgang mit der polnischen Bevölkerung im Landkreis ausschieden. Zeitweise hatte der Regierungspräsident in Münster daran gedacht, die Stadterhebungen an die Bedingung zu knüpfen, dass die neuen Städte des Kreises es hinnahmen, dass in Recklinghausen eine königliche Polizeidirektion unter der Leitung des Landrats ähnlich wie in den Kreisen südlich der Emscher eingerichtet wurde.¹⁴⁶ Wenn es aber keine neuen Städte gab, bedurfte der Landrat allerdings keine Stütze durch das Amt des Polizeipräsidenten.

Die braven Bürger von Bottrop und Buer erfuhren von dem Erlass des Innenministers zunächst nichts, obwohl dort Anträge zur Stadtrechtsverleihung schon bearbeitet wurden, in Bottrop seit Dezember 1904. Immerhin mussten städtisches Gepräge und städtischer Verkehr nachgewiesen werden, und das dauerte seine Zeit.¹⁴⁷ Anfang 1906 machte Merveldt jedoch die Amtsmänner beider Gemeinden bei verschiedenen Gelegenheiten auf den an sich vertraulichen Erlass des Innenministers aufmerksam. Dummerweise »verharr[t]en die Vertretungen beider Gemeinden auf dem früheren Standpunkt« einen Verleihungsantrag zu stellen, weil sie naiv an eine freie Willensbildung im Kreistag glaubten; das wiederum zwang Merveldt dazu, nun den Kreisausschuss, der vor der Weiterleitung des Antrags an den Kreistag gehört werden musste, ebenfalls in den ministeriellen Erlass einzuweißen.¹⁴⁸ Die Gemeinden hatten sich unterdessen abgesprochen und Verbündete gesucht, sodass im November und Dezember 1906 gleich drei Anträge auf Verleihung der Städteordnung beim Landrat eingingen, neben denen von Bottrop und Buer auch der von Horst. Die kleinste der drei Gemeinden konnte mit einem besonderen Clou aufwarten, denn es war eine Urkunde aufgetaucht, durch die Horst schon im Mittelalter das Stadtrecht verliehen worden war, was die Gemeinde zu einer sogenannten Titularstadt machte. Dadurch versprach ihr Weg zur Städteordnung weniger holprig zu sein. Trotzdem scheiterten alle drei Anträge kläglich – in jedem Fall gab es da und dort Widerstände, aber der ministerielle Erlass gegen Bottrop und Buer zeigte so sehr

145 Ebd.

146 Regierungspräsident Münster an Landrat Recklinghausen, 8.8.1905, KA Recklinghausen, vorläufige Nr. 382.

147 Heike Biskup: Von der Landgemeinde zur Industriestadt. Bottrops langer Weg bis zur Verleihung der Stadtrechte, unveröffentlichter Vortrag beim »Tag der Westfälischen Geschichte«, 11.5.2019. Wir danken Frau Biskup für die Überlassung des Vortragsmanuskripts; Lutz Budrass: Der Abstimmungskampf im Rheinland und in Westfalen: Das Beispiel Bottrop, in: David Skrabania/Sebastian Rosenbaum (Hg.): Die Volksabstimmung in Oberschlesien 1921. Nationale Selbstbestimmung oder geopolitisches Machtspiel? Paderborn u. a. 2023, S. 232–262.

148 Landrat Recklinghausen an den Regierungspräsidenten in Münster, betr. Teilung des Landkreises Recklinghausen, 10.12.1906, KA Recklinghausen, vorläufige Nr. 382.

Wirkung, dass sich die Wortwahl des abschlägigen Bescheids des Kreistages daran orientierte.¹⁴⁹ Weil im Fall von Horst kein ministerieller Erlass vorlag, musste improvisiert werden, und hier wurde neben dem Umstand, dass Horst »von den verbrieften Rechten bisher niemals Gebrauch gemacht« habe, auch angeführt, dass die »Zusammensetzung der Bevölkerung« zuungunsten des Antrags wirke, erneut eine Chiffre für eine zu große Quote von Polen.¹⁵⁰

Wie sehr die Stadterhebungspolitik der Logik der Germanisierungspolitik folgte, zeigte sich, als Buer 1910 den zweiten Antrag auf Verleihung der westfälischen Städteordnung stellte. Der Antrag war nicht nur besser vorbereitet und illustriert, sondern Landrat, Kreisausschuss, Kreistag und auch der Regierungspräsident leiteten ihn befürwortend an den Innenminister weiter; der allerdings wollte vor einer endgültigen Entscheidung doch noch wissen, wie viele Polen in Buer ansässig seien. Merveldt, vom Regierungspräsidenten mit der Antwort betraut, entgegnete, dass das nahe gelegene Gelsenkirchen zwar Verteilerzentrum für die Einwanderer aus den östlichen Provinzen bilde, aber Buer seit jeher von masurischen Einwanderern überschwemmt worden sei, die zu den Polen Distanz hielten, aber mit den Einheimischen gut zusammenlebten.¹⁵¹ Die Prognose einer erfolgreichen Germanisierung konnte auch im Landkreis Recklinghausen zur Entlassung aus der Aufsicht des Landrats führen.

Die Verweigerung der Stadtrechte im Kreis Recklinghausen rundete die Entwicklungen ab, die sich seit den dramatischen Ereignissen in Herne 1899 ergeben hatten. Der sogenannte Polenaufstand hatte die latenten Konflikte fast zum Ausbruch kommen lassen, die sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aufgestaut hatten: wie weit die Industrialisierung noch getrieben werden konnte, wenn Arbeiter nur noch aus der überwiegend polnischen Bevölkerung der östlichen Provinzen des Königreichs Preußen geschöpft werden konnten; wer dafür aufkam, wenn die Städte und Gemeinden unter den Kosten einzuknicken drohten, die die zusätzliche Bevölkerung verursachte – in Schulwesen, Gesundheitsfürsorge, Versorgung mit Wasser, Wohnungen und Straßen und der Entsorgung von allerlei Schmutz und Unrat. Die von Hans Delbrück und Theodor Reismann-Grone konzipierte Germanisierungszone im Emschertal bot eine Lösung: Sie legitimierte durch den Vorbehalt der öffentlichen Sicherheit die Präsenz der preußischen Regierungsbehörden und namentlich der Landräte in der Debatte über die Zukunft des Industriegebiets. Sie schuf aber auch eine Art Gemeinwohlfiktion, insoweit im Emschertal eine Germanisierungsmaschine aufgebaut wurde, die den Druck eines Problems ableitete, von dem allgemein angenommen wurde, dass es zu den wichtigsten der preußischen Monarchie gehörte. Die Germanisierungszone war der heimliche Zwilling der Emschergerossenschaft. Dieselben Akteure schufen zur gleichen Zeit eine Körperschaft,

149 Beschluss des Kreis Ausschusses, betr. Antrag Bottrop, 7.12.1906; Auszug aus den Kreistagsverhandlungen, betr. Antrag Bottrop, 16.3.1907, KA Recklinghausen, vorläufige Nr. 383; Wolfgang R. Krabbe: Die Verleihung der Städteordnung an die Vestische Gemeinde Buer. Sozial- und verfassungspolitische Probleme der Entwicklung des Ruhrgebietes vor dem Ersten Weltkrieg, in: Die Alte Stadt 14, 1987, S. 341–351.

150 Auszug aus den Kreistagsverhandlungen, betr. Antrag Horst-Emscher, 16.3.1907, KA Recklinghausen, vorläufige Nr. 383.

151 Krabbe, Städteordnung, S. 349.

durch die die Industrie und der Bergbau für alle Zeit verpflichtet wurden, über ihre Steuern hinaus einen erheblichen Teil der Kosten zu tragen, die durch die zusätzliche Bevölkerung entstanden. Gleichzeitig war sie Genossenschaft der Südstädte, die den Norden des Industriereviers als Ressource für ihr eigenes Wachstum verwendeten – Raumreserve, Kanalanschluss, Abwasserentsorgung – und keinen angemessenen Betrag dafür entrichten wollten. Die Südstädte profitierten indirekt, aber am allermeisten von der Polenhysterie, da sich durch das Reetablisement der Landräte – namentlich Karl Gerstein und Felix Graf von Merveldt –, die Errichtung der Germanisierungszone und die damit verbundene Behinderung und Unterbindung des Stadtwerdungsprozesses keine zweite Städteketten im Emschertal als vollwertige Konkurrenz entfalten konnte, die ihre Interessen zu verteidigen wusste. Das Ungleichgewicht zwischen Süd und Nord, Ruhr und Emscher war das Resultat des Sattelzeitjahrzehnts im Industrievier. Als es so ungleichgewichtig war, dass der Norden sogar seinen Namen verlor, war das »Ruhrgebiet« geboren.

Nun bleibt noch – ehe Schlaglichter auf die Geschichte der Emschergenossenschaft geworfen werden – die Frage zu klären, warum sich die, die eigentlich dazu berufen gewesen wären, die Organisationen und die Partei der Arbeiterschaft, sich nicht gegen die Kumpanei richteten, aus der das Zwillingsspaar von Emschergenossenschaft und Germanisierungszone, die innere Kolonisierung des Industriebezirks, emporwuchsen. Bei der Beschäftigung mit der Emschergenossenschaft fällt umgehend auf, dass es keine Körperschaft dieser Bedeutung gibt, die so wenig Aufmerksamkeit in der Arbeiterbewegung gefunden hat und so wenig kontrovers war. Ihre Aufgabe schien so technisch zu sein und ihr Wirken so segensreich, dass es auch die Arbeiterbewegung nicht so genau mit den Beweggründen nahm, aus denen sie entstand. Das ist wohl mit dem ernüchternden Argument zu erklären, dass gerade die Mitglieder der organisierten Bergarbeiterschaft keineswegs immun gegen das Gift von Chauvinismus und Nationalismus waren, das sich an der Jahrhundertwende in Deutschland ausbreitete, sondern sich im Gegenteil als willige Leser der antipolnischen Hetze erwiesen. Vielleicht hängt das auch damit zusammen, dass eine der wichtigsten Theoretikerinnen des deutschen Sozialismus, *Rosa Luxemburg*, eine eingeschworene Gegnerin der polnischen Nationalbewegung war.¹⁵² Immerhin lässt sich feststellen, dass die Sozialdemokratie spät im Kaiserreich allmählich einen Begriff davon entwickelte, welche Rolle das Ruhrgebiet für die Stabilisierung des Ostens der Monarchie spielte. *Hans Gabriel Jentzsch*, einer der Starzeichner des »Wahren Jakob«, der Satirezeitschrift der SPD, stellte den einen Landrat, den Germanisierer der Ostprovinzen mit seinen Gendarmen, ins Zentrum; mitgedacht werden müssen allerdings die Gerstein und Merveldt, die es als ihre Aufgabe ansahen, die Ausgewiesenen und ihre Nachkommen im Ruhrgebiet zu guten Deutschen zu machen.¹⁵³

152 Holger Politt: Die polnische Frage bei Rosa Luxemburg, in: Utopie kreativ 129/130, 2001, S. 604–613.

153 Hans Gabriel Jentzsch: Aus Preußisch-Polen. Die beginnende Enteignung, in: Der Wahre Jacob, Nr. 687, 16.11.1912, <https://doi.org/10.11588/diglit.8272#0375> [11.5.2024].

Karikatur »Aus Preußisch-Polen. Die beginnende Enteignung«

Die Auswanderer: Weshalb werden wir von Haus und Hof gejagt, Panje Landrat, und wohin sollen wir ziehen? Kein Mensch wird uns aufnehmen!

Der Landrat: Geht nur ins Kohlenggebiet – da ist Platz für euch alle. Hier wird jetzt germanisiert!

